

Power Transition der "Vereinigten Staaten von Europa" als aufsteigende Hegemonialmacht im Rahmen des Realismus

Falke, Daniel

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falke, D. (2019). *Power Transition der "Vereinigten Staaten von Europa" als aufsteigende Hegemonialmacht im Rahmen des Realismus*. (IPW Selected Student Paper, 70). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62028-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0>

IPW Selected Student Paper 70, April 2019

Daniel Falke

Power Transition der
„Vereinigten Staaten von
Europa“ als aufsteigende
Hegemonialmacht im Rahmen
des Realismus

Daniel Falke

Power Transition der „Vereinigten Staaten von Europa“ als aufsteigende
Hegemonialmacht im Rahmen des Realismus

IPW Selected Student Paper 70, April 2019

Institut für Politische Wissenschaft
RWTH Aachen University
Mies-van-der-Rohe-Str. 10 | 52074 Aachen

IPW Selected Student Papers
ISSN 1862-8117

Titelbild: IPW, Jan Hendrik Borggreven



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz.

In der Reihe IPW Selected Student Papers veröffentlicht das Institut für
Politische Wissenschaft herausragende Arbeiten von Studierenden des
Bachelorstudiengangs Gesellschaftswissenschaften, des Masterstudiengangs
Politikwissenschaft sowie der politikwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“	2
3. Realismus-Theorie, Macht und Anwendung.....	7
3.1 Der klassische Realismus	9
3.2 Einordnung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in den klassischen Realismus.....	11
3.3 Der Neorealismus	16
3.4 Einordnung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in den Neorealismus.....	19
4. Hegemonie-Theorie und Anwendung	22
4.1 Theorie hegemonialer Stabilität und <i>power transition</i>	22
4.2 Entwicklung einer aufsteigenden Europamacht	27
5. Fazit.....	34
Abbildungsverzeichnis	35
Literaturverzeichnis.....	35
Internetquellen.....	39

1. Einleitung

„Die Welt der europäischen Vorherrschaft, ja selbst die der Vormacht des Westens, angeführt von den USA, existiert jenseits der europäischen/nordamerikanischen Grenzen nur noch sehr eingeschränkt und ist im Niedergang begriffen.“¹

Europa kann durch die umfangreiche Geschichte als schöpferisches Zentrum der Zivilisation gesehen werden, in das nach vielen verschiedenen Herrschaftsformen die Demokratie und zwischenstaatliche Kooperation Durchsetzung fanden. Stark wiegt seit jeher das anhaltende Versprechen des Friedens, wodurch die Europäische Union (EU) 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.² & ³ Unabhängig von den Vorteilen und Verheißungen ist das Vertrauen seitens der EU-Bürger durch Krisen erschüttert worden. Die EU wird als „Sündenbock“ für unerwünschten Wandel benutzt. Dabei spricht viel dafür, dass gerade eine fortschreitende Integration die Stellung Europas in der Welt stärken kann, um sich gegen wachsende und konkurrierende Mächte behaupten zu können.

Was spricht für die Bildung eines – aus der EU weiterentwickelten – europäischen Bundestaates mit dem möglichen Titel „Vereinigte Staaten von Europa“? Wie potenziell mächtig wäre ein solcher Bund, gerade in Relation zu anderen Großmächten? Welche (hegemonialen) Aussichten hätte ein vereintes Europa in der umkämpften internationalen Ordnung? Ausgehend vom international-politischen Paradigma des Realismus werde ich hiermit diesen Forschungsfragen nachgehen.

Zum Einstieg wird das Konzept eines europäischen Bundesstaates – samt möglichen Herleitungen und Eigenschaften – allgemein vorgestellt. Im ersten Hauptteil beziehe ich mich auf die Ströme des klassischen Realismus und des Neorealismus. Da Letzterer auf Ersterem aufbaut, werden beide Theorieansätze jeweils getrennt vorgestellt und je im darauffolgendem Kapitel auf den theoretischen Europa-Bundesstaat bezogen. Mit gleicher Vorgehensweise werden im zweiten Hauptteil erst die Theorien der hegemonialen Stabilität und *power transition* vorgestellt. Anschließend werden – anhand der gesammelten Analysen aus weltpolitischer Empirie und genutzten Theorien – Einschätzungen zur politischen Weltkonstellation und zu Entwicklungen gegeben. In einem abschließenden Fazit werden die gesammelten Ergebnisse zusammengefasst.

¹ Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014, S. 109

² Vgl. Plotka, Julian / Repasi, René: Die normativen Grundlagen der Europäischen Union; in: Jopp, Mathias / Tekin, Funda [Hrsg.]: Europas Wert - Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Union, Baden-Baden 2014, S. 15-73, hier: S. 20 ff.

³ Peter Graf Kielmansegg sieht die Friedensordnung des europäischen Integrationsprojektes vor allem dadurch geleistet, dass es das wiederholte „deutsche Problem“ seit 1871 einvernehmlich löste, nachdem der Versuchsansatz des Versailler Vertrages gescheitert war.

2. Das Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“

„Uneingeschränkte staatliche Souveränität bei der Rüstung, der politischen Regulierung der Märkte oder der Herrschaftsordnung und -ausübung verstärkt die Unsicherheit, den Rüstungswettlauf und die Kriegsgefahr. Sie verringert die Effizienz grenzüberschreitender natürlicher Ressourcen. Schließlich erhöht sie die Gefahr der Unterdrückung und Entrechtung von Menschen.“⁴

Schon Jean-Jacques Rousseau erklärt 1827, dass die „Nationen Europas gemeinsam eine einzige unsichtbare Nation bilden“.⁵ Der Völkerrechtler Emer de Vattel beschreibt 1829 Europa als eine Art Republik, deren unabhängige Mitglieder sich vereinen, durch die Verbindung gemeinsamer Interessen und für die Erhaltung der Ordnung und der Freiheit.⁶ Die erste konkret geäußerte Idee von „Vereinigten Staaten von Europa“ geht auf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi zurück, der zu Beginn der 1920er Jahre angesichts des zerstörerischen Ersten Weltkrieges darauf plädiert.⁷

Ein europäischer Bundesstaat – möglicherweise „Vereinigte Staaten von Europa“ genannt – hätte das Potenzial Kompetenzen und Investitionen zu bündeln um zum Vorteil aller Mitgliedsländer effizienter zu agieren und zu wirtschaften. Die Finanzkrise hat international Auswirkungen gehabt, in Europa hat sie sich zur existenzbedrohenden politischen Krise ausgeweitet, da eine Staatlichkeit trotz gemeinsamer Währung fehlte, wodurch ihr die Bewältigung schwerer fiel als anderen Nationalstaaten und gerade der unbestimmte und historisch einzigartige Status der aktuellen EU – zwischen Staatenbund und Bundesstaat – macht ihn mangels Handlungsfähigkeit besonders anfällig für internationale Krisen.⁸

Charakteristisch für die moderne Staatsdefinition sind die drei Hauptkategorien Staatsgewalt, Staatsvolk und Staatsterritorium. Abgesehen von Norwegen, Island und der Schweiz, die nicht zur EU gehören wollen, ist die geographische Landkarte Europas nur noch im Osten und Südosten nicht deckungsgleich mit der politischen. Eine Ausdehnung des bestehenden EU-Territoriums durch Aufnahme neuer Staaten zur Erweiterung der Friedenszone sowie des Wirtschaftsraumes ist denkbar.⁹ Bevor 1787 auf dem Konvent von Philadelphia die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ratifiziert wurde, argumentierten die Befürworter des Verbundes Alexander Hamilton und James Madison in den *Federalist Papers*, dass selbst große Räume

⁴ Schimmelpfennig, Frank: Internationale Politik, 2. Auflage, Paderborn 2010, S. 36

⁵ Rousseau, Jean-Jacques: Oeuvres Complètes, Brüssel 1827, Band 10, S. 172; zitiert nach: Morgenthau, Hans Joachim: Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S. 192

⁶ Vgl. Vattel, Emer de: The Law of Nations, Philadelphia 1829, S. 378

⁷ Vgl. Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014, S. 148

⁸ Vgl. ebd. S. 30

⁹ Die Eröffnung der Beitrittsperspektive samt Verhandlungen gilt zudem als wirksame Form nachbarschaftlicher Entwicklungshilfe. Die Verhandlungen mit dem Beitrittskandidaten Türkei wurden eingestellt angesichts des autokratischen Führungsstils von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Serbien laufen Verhandlungen.

republikanisch-föderal verfasst werden können, wenn die Idee und Praxis der Repräsentation angemessen angewendet werden¹⁰ und dass gerade die Vielfalt in großen Räumen Machtmissbrauch durch Mehrheiten erschwere¹¹.

Die Bildung einer gesamteuropäischen Identität für ein geeintes Staatsvolk wird eine nötige Herausforderung sein, um aus der EU eine umfassende Staatsgewalt zu entwickeln. Ähnlich wie den Einwohnern innerhalb eines Staates zugleich eine regionale und nationale Identität innewohnt, müsste für ein erfolgreiches Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ eine gemeinsam europäische Identität gefunden werden, welche die vielfältigen nationalen Identitäten keinesfalls ersetzt, sondern um eine übergeordnete Ebene ergänzt.¹² Kollektive Identitäten bilden und tradieren sich durch gemeinschaftliche Kommunikation, Erinnerungen und Erfahrungen.¹³ Eine Entfaltung der Kommunikationsgemeinschaft erweist sich aufgrund der großen Anzahl verschiedener Sprachen als schwierig. Eine gemeinsame Erinnerungsgemeinschaft ist ebenso kompliziert umsetzbar, weil Europa geschichtlich geprägt war von zahlreichen Konflikten und Zugehörigkeiten. Gemeinsam verbündete Geschichte entsteht erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ist damit noch zu jung für eine Erinnerungskultur. Offener für die Zukunft ist die Kategorie der Erfahrungsgemeinschaft, die durch vollbrachte Leistungen und perspektivreiche Ziele gebildet wird. An dem Punkt ließe sich am unmittelbarsten eine kollektive Identität ausbilden. Ergänzend dazu kann auch ein äußerer Feind zur Abgrenzung den Zusammenhalt stärken, da sich nach Niklas Luhmann Identität über Negationen konstruiert.¹⁴

Die bisherige EU ist eine supranationale Organisation, in der Teile der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten an die gemeinsame Institution abgetreten werden. Sie verfügt über eine eigenständige Rechtsordnung, die je nach Bereich und Regelung Vorrang über nationales Recht hat.¹⁵ Für Kenneth Neal Waltz ist Souveränität die Freiheit der Entscheidung, wie auf externe und interne Herausforderungen reagiert werden und ob zur Bewältigung Kooperationen eingegangen

¹⁰ Vgl. Hamilton, Alexander: Federalist No. 9 - The Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection; online im Internet <http://avalon.law.yale.edu/18th_century/fed09.asp>, 1787, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹¹ Vgl. Madison, James: Federalist No. 10 - The Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection; online im Internet <http://avalon.law.yale.edu/18th_century/fed10.asp>, 23.11.1787, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹² Vgl. Engels, David: Auf dem Weg ins Imperium, Berlin 2014, S. 29

¹³ Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa?, Baden-Baden 2015, S. 68

¹⁴ Vgl. Luhmann, Niklas: Sinn als Grundbegriff der Soziologie; in: ebd. / Habermas, Jürgen: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt am Main 1971, S. 25-100, hier: S. 60

¹⁵ Vgl. Peters, Dirk / Freistein, Katja / Leininger, Julia: Theoretische Grundlagen zur Analyse internationaler Organisationen; in: ebd.: Handbuch internationale Organisationen - Theoretische Grundlagen und Akteure, München 2012, S. 3-27, hier: S. 8

werden.¹⁶ Der europäischen Kooperationsordnung mit supranationaler Rechtssetzungssouveränität haben sich die Mitgliedstaaten freiwillig unterworfen.

Damit die EU zu einem weltpolitischen Akteur mit eigenem Gewicht werden kann, müsste die außen- und sicherheitspolitische Souveränität der Mitgliedstaaten an den supranationalen Verbund abgegeben werden, um sie dort effektiv zu bündeln um handlungsfähig zu werden. Dieser Schritt wird bisher nicht vollzogen, weil die Mitgliedstaaten diese Kompetenzbereiche als Kern ihrer Eigenstaatlichkeit betrachten. Die Vertiefung der EU besteht lediglich in der Binnenhomogenisierung durch die Verdichtung des europäischen Rechtsnetzes – was angesichts heterogener Kulturen ein fragwürdiges Vorhaben ist.¹⁷

Der Vertrag über die europäische Union schreibt in Artikel 5 Absatz 1 das Subsidiaritätsprinzip fest, welches besagt, dass transnationale Aufgaben durch die supranationale Struktur erledigt werden, während nationale und regionale Aufgaben auf entsprechender Ebene bearbeitet werden, statt alle Aufgaben dem Zentrum zu überlassen.¹⁸ Rechtsverletzungen können am Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingeklagt werden. Da der EuGH selbst Bestandteil der EU Institution ist, die gemeinsam mit dem Parlament, der Kommission und dem Rat am Fortgang der europäischen Integration interessiert ist, bekäme die Zentralisierungsdynamik im Zweifelsfall Vorrang.¹⁹ Ein ähnliches Verhältnis ist zwischen den Zielen und Zuständigkeiten EU auszumachen. Im EU-Vertrag sind beide Punkte in Artikel 3 und 4 niedergeschrieben, mit der Erklärung, dass die Ziele entsprechend der Zuständigkeiten verfolgt werden sollen.²⁰ Artikel 352 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU gibt hingegen den Zielen den Vorrang vor den Zuständigkeiten.²¹ Fortgeführter Respekt vor dem Subsidiaritätsprinzip wäre für eine stabile Föderation von Nationalstaaten essentiell.

Ein stabiles Gemeinwesen könnte hergestellt werden, wenn die Güterabwägung zwischen *input*- und *output*-Legitimation ausbalanciert bzw. verstärkt würde. *Output*-Legitimation wird geschaffen, wenn die europäische Politik Aufgaben effektiver und effizienter bewältigt, als es die Nationalstaaten für sich könnten. *Input*-Legitimität ist gegeben, wenn die Demokratie jener Nationalstaaten im Verbund weiter gewährleistet wird, z.B. durch ein einflussreicheres Europaparlament, welches die diversen Interessen der Mitgliedstaaten angemessen repräsentiert.

¹⁶ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S.41

¹⁷ Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa?, Baden-Baden 2015, S. 23

¹⁸ Vgl. Europäische Union: Vertrag über die Europäische Union, Artikel 5, Amtsblatt C 202, 07.06.2016, S. 18

¹⁹ Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa?, Baden-Baden 2015, S. 25

²⁰ Vgl. Europäische Union: Vertrag über die Europäische Union, Artikel 3+4, Amtsblatt C 202, 07.06.2016, S. 17 f.

²¹ Vgl. Europäische Union: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 352, Amtsblatt C 202, 07.06.2016, S. 196 (Anm: Nur bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben Vorbehalte.)

Um die Umsetzung solcher weitreichenden Reformen aufzuhalten, reicht durch die Einstimmigkeitsregel das Veto eines Mitgliedstaates. Mit dem baldigen Austritt Großbritanniens aus der EU verlässt ein Staat den Verbund, der häufig vom Vetorecht Gebrauch gemacht hat, sodass die Chance auf progressiven Konsens wachsen könnte. Trotz „Brexit“ folgen die Verteidigungsminister von neun europäischen Staaten (inklusive Großbritannien) dem Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, zur militärischen Koalition eine gemeinsame Interventionsinitiative einzuleiten.²² Aufgrund der fortgeführten Zusammenarbeit in diesem für den Realismus bedeutenden Bereich und der Ungewissheit über den Verlauf der Austrittsverhandlungen wird Großbritannien in den folgenden Analysen miteinbezogen.

Eine politische Einigung Europas mit der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bzw. ohne Einsatz eines Vetos mag unwahrscheinlich sein. Doch so, wie der Vertrag des Schengenraums ursprünglich jenseits der EU beschlossen und später integraler Bestandteil dessen wurde, könnte eine politische Einigung mit einigen wenigen Nationen durch einen zwischenstaatlichen Vertrag geschehen und allmählich könnten weitere EU-Staaten aufgenommen werden. Nach der Idee der unterschiedlichen Geschwindigkeiten könnten beide Institutionen vorerst parallel bestehen, mit dem Ziel die EU schrittweise in einen europäischen Bundesstaat zu konvertieren.

Bereits 1946 befürwortete Winston Churchill die Schaffung der „United States of Europe“.²³ Walter Hallstein, erster Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – aus der die heutige Europäische Kommission hervorging – folgte dem langfristigen Ziel, die Struktur der Nationalstaaten zugunsten eines föderalen europäischen Bundesstaates aufzuheben.²⁴ Helmut Kohl hatte ähnliche Ambitionen und hoffte u.a. mit der Einführung einer einheitlichen Währung den Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ als europäischem Bundesstaat zu ebnen, mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik sowie gestärktem EU-Parlament.²⁵ Laut dem Eurobarometer im Auftrag der Kommission findet die Idee einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten seit Jahren eine konstant hohe Zustimmungsrate von 75% und ist damit 2017 der zweitbeliebteste Vorschlag der Umfrage.²⁶ Zwischen dem Wunsch der Bürger und den Zweifeln der politisch Verantwortlichen liegen demnach enorme Unterschiede.

²² Vgl. Der Tagesspiegel (Hrsg.): Neues europäisches Militärprojekt gestartet; online im Internet <<https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-interventionsinitiative-neues-europaeisches-militaerprojekt-gestartet/22733792.html>>, 25.06.2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

²³ Vgl. European Commission: Winston Churchill: calling for a United States of Europe; online im Internet <https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/winston_churchill_en.pdf>, o.J., [zugegriffen am 17.07.2018]

²⁴ Vgl. Hallstein, Walter: Die europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1979, S. 13

²⁵ Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl - Eine politische Biographie, München 2012, S. 411 f.

²⁶ Vgl. TNS Opinion & Social für Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 88 - Die öffentliche Meinung der Europäischen Union, Herbst 2017, S. 36

Treffend analysiert Joschka Fischer die europäische Gesamtsituation bildlich folgendermaßen:

„Europa erinnerte im Herbst 2008 an eine Reisegesellschaft, die beim Überqueren eines Flusses von einer gewaltigen Flutwelle überrascht wurde und blitzschnell entscheiden musste, ob sie zurückschwimmen sollte an das Ufer, von dem sie aufgebrochen war, ob sie unter Aufbietung aller Kräfte versuchen sollte, dort zu bleiben, wo sie sich gerade befand, oder ob sie versuchen sollte, das angestrebte andere Ufer zu erreichen. Die erste Option hätte das Aus für den Euro bedeutet, welches ein Ende der europäischen Idee inklusive des gemeinsamen Marktes und damit die definitive Renationalisierung Europas nach sich gezogen hätte, ein historisches Scheitern also. Die zweite Option würde auf die Verteidigung des Status quo hinauslaufen. Faktisch würde diese Option mit einer Erschöpfung der Kräfte der Währungsunion enden und zu einem langsamen Erlöschen der Idee der Integration Europas führen und würde deshalb, zwar nicht schockhaft, sondern eher schleichend, ebenfalls in der Renationalisierung mit den bekannten Folgen enden. Und die dritte Option, unter Aufbietung aller Kräfte und so schnell wie möglich das andere Ufer zu erreichen, hätte nicht weniger bedeutet, als den Bau Europas politisch zu vollenden und in der kommenden Dekade den politischen Schritt von der *Europäischen Union* hin zu den *Vereinigten Staaten von Europa* zu machen. Diese Option erfordert allerdings Weitsicht, politischen Mut und innenpolitische Risikobereitschaft, politische Qualitäten, die heutzutage unter den gewählten Staats- und Regierungschefs der EU offensichtlich sehr dünn gesät sind.“²⁷

²⁷ Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014, S. 34 f.

3. Realismus-Theorie, Macht und Anwendung

Die frühen Wurzeln der Theorie gehen zurück auf die philosophischen Traditionen der Vordenker Thukydides, Niccoló Machiavelli, Thomas Hobbes und Friedrich Nietzsche. Auf sie beziehen sich die Vertreter des Realismus wie u.a. Edward Hallett Carr, Joseph Grieco, Henry Kissinger, John Joseph Mearsheimer, Hans Joachim Morgenthau, Stephen Martin Walt, Kenneth Neal Waltz, Arnold Wolfers, John H. Herz und Robert Gilpin.

Der Beginn der eigenständigen Disziplin der Internationalen Beziehungen ist als „Kind des Ersten Weltkrieges“²⁸ auf den 30. Mai 1919 datiert, als im Rahmen der Versailler Friedenskonferenz die Schaffung von Instituten zur Erforschung der Hintergründe von Krieg und Frieden beschlossen wurde.²⁹ Weit verbreitet war zu Beginn noch die Denkschule des Idealismus und Liberalismus. Ihre Zielvorstellung entsprang als Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg und der Bemühung eine Wiederholung zu verhindern. Optimistisch beabsichtigte man eine gerechte und friedliche Weltordnung mithilfe von internationalen Organisationen zu schaffen. Der damalige Völkerbund und Briand-Kellogg-Pakt waren entsprechende Entwicklungen. Das Vorhaben scheiterte durch eine Weltwirtschaftskrise sowie einen aggressiven Faschismus in Europa, der zum Zweiten Weltkrieg führte. Als kritische Reaktion auf den normativen Idealismus/Liberalismus entwickelte sich die realistische Schule, mit dem Anspruch wirklichkeitsnah die internationalen Beziehungen zu analysieren.

Zentrales Element der Theorie ist Macht. Für sie kann die für alle sozialen Beziehungen offene Definition von Max Weber herangezogen werden, weil dort nicht die Form der Machtausübung festgelegt wird, sondern das Ergebnis der Interaktion: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“³⁰ Raymond Aron hat die Definition begrifflich auf die internationalen Beziehungen übertragen und die Handlungsmacht als relativ zwischen involvierten Staaten beschrieben.³¹ Karl Wolfgang Deutsch definiert Macht als „Fähigkeit im Konflikt zu obsiegen und Widerstände zu überwinden“³². Das Spektrum der Machtausübung reicht von Mitteln der Gewaltandrohung und -ausübung der Zwangsmacht, über die Verhandlungsmacht

²⁸ Vgl. Meyers, Reinhard / Tauras, Olaf / Bellers, Jürgen: Politikwissenschaft III - Internationale Politik, Münster 1994, S. 3

²⁹ Vgl. Lemke, Christiane: Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien, Problemfelder, München 2000, S. 5

³⁰ Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, S. 28

³¹ Vgl. Aron, Raymond: Krieg und Frieden - Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt am Main 1986, S. 63

³² Deutsch, Karl Wolfgang: Die Analyse Internationaler Beziehungen, Frankfurt am Main 1968, S. 68

bis hin zur Argumentationsmacht.³³ Die zur Verfügung stehenden Mittel zur Machtsteigerung lassen sich in interne (z.B. Aufrüstung) und externe (z.B. Allianzbildung) einteilen.³⁴

Schon für Thukydides war Machtgier für die menschliche Natur zentral, ebenso wie Furcht, Ehrgeiz, Sicherheitsbedürfnis und Prestige, weswegen Frieden nur relativ sei. An stets zu erwartenden Kriegen zerreiße die Religion, Moral und Ethik.³⁵ Auch nach Machiavelli beruht der Staat als Souverän auf Macht, welche er ohne Rücksicht auf Vernunft und Ethik durchsetzt. Das Streben nach Mehr sei endlos.³⁶ Hobbes sieht Macht als Währung der Politik, mit der Begehrtes erworben und Abgelehntes ferngehalten werden könne. Im eigenen Interesse sei eine größtmögliche Akkumulation.³⁷ Für Nietzsche ist Macht Ausdruck individueller Handlungskraft. Er interpretiert Thukydides Melier-Dialog aus seinem Werk „Peloponnesischer Krieg“ – der eine Unterwerfung des Schwächeren unter den Stärkeren skizziert – als Parabel für die Unterordnung von Recht gegenüber Macht.³⁸

Bei Macht wird unterschieden zwischen *hard power* und *soft power*: Erstere ist die offensive Macht in überwiegend militärischer Dimension, die vor allem in Kriegszeiten bedeutsam ist. *Soft power* hingegen ist der diplomatische Einfluss von Kultur und Werten, der vor allem in Friedenszeiten Anwendung findet.³⁹

³³ Vgl. Schimmelfennig, Frank: Internationale Politik, 2. Auflage, Paderborn 2010, S. 25 f.

³⁴ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S. 56 f.

³⁵ Vgl. Hacke, Christian: Macht; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 277-287, hier: S. 280

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. ebd.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. ebd. S. 282

3.1 Der klassische Realismus

1939 veröffentlichte Edward Hallett Carr das Werk *The Twenty Years' Crisis*, in dem er den zu der Zeit verbreiteten Idealismus scharf kritisierte. Er negierte die Annahme einer gemeinsamen überstaatlichen Moral, sowie eine Harmonie der Interessen.⁴⁰ Er unterschied zwischen drei Arten von Macht: *military power*, *economic power* und *power over opinion*.⁴¹

Auf jene Kritik folgte 1948 als Gegenkonzept zum Idealismus das Werk *Politics among Nations* von Hans Joachim Morgenthau, welches er mehrfach durch Neuauflagen aktualisierte und woraus die eigenständige Theorie des „Klassischen Realismus“ entstand, seinerzeit noch „Politischer Realismus“ genannt. Nach seiner Ausgangshypothese beherrschen objektive Gesetze die internationale Politik, welche universell gültig sind, weil sie in der menschlichen Natur ihren Ursprung haben. Der egoistische und triebgesteuerte Mensch sei ausschließlich an der Maximierung seiner Macht interessiert und neige tendenziell zum Bösen, da seine Gier unstillbar sei. Aufgrund dieser Unersättlichkeit des Verlangens sei der Machtkampf unüberwindbar beständig. Das gelte nicht nur für Herrscher mit Expansionsanspruch sondern auch für defensive Positionalisten, die bloß einen Sicherheitsabstand zu wahren versuchen und genötigt sind Schritt zu halten, ebenso wie andere Nationen, sodass permanent nach mehr Macht gestrebt werde.⁴² Da jegliche Politik von Menschen vollzogen wird, müsse Politik zwangsläufig Machtpolitik sein.⁴³ Mittels Induktion wird der Sprung von der individuellen Ebene zur internationalen Politik vollzogen, indem Personen zur Erfüllung ihres Machthungers zu Repräsentanten des Staates werden. Macht sei die entscheidende Kategorie der Politik, welche sie von anderen Bereichen wie Recht, Ethik und Ökonomie unterscheide.⁴⁴ Weil das Wesen des Menschen bei der Herleitung seiner Theorie eine wichtige Rolle spielt, wird sie auch „Anthropologischer Realismus“ genannt.⁴⁵

Im Sinne des Nullsummenspiels ist der Machtgewinn des Einen der Machtverlust des Anderen. Staaten als souveräne Akteure verfügen im Gefolge des Westfälischen Friedens von 1648 innerhalb ihrer Grenzen über die Autorität des Gewaltmonopols.⁴⁶ International fehlt eine solche

⁴⁰ Vgl. Puglierin, Jana: Realismus als IB-Theorie; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 394-401, hier: S. 396

⁴¹ Vgl. Carr, Edward Hallett: *The Twenty Years' Crisis*, London 1941, S. 139 ff.

⁴² Vgl. Morgenthau, Hans Joachim: *Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963, S. 184

⁴³ Vgl. Puglierin, Jana: Realismus als IB-Theorie; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 394-401, hier: S. 396

⁴⁴ Vgl. Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung - Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. Auflage, Baden-Baden 2009, S. 148

⁴⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶ Vgl. Filzmaier, Peter / Gewessler, Leonore / Höll, Otmar et al.: *Internationale Politik - Eine Einführung*, Wien 2006, S. 43

vergleichbar übergeordnete und einflussreiche Instanz. Daraus resultiert eine anarchische Struktur des internationalen Systems. Es lassen sich hierbei Parallelen zu Thomas Hobbes ziehen: Wie das internationale System ist der Hobbes'sche Naturzustand durch die Abwesenheit eines Souveräns gekennzeichnet. In diesem Zustand komme es unweigerlich zum Kriege bzw. zur wachsamsten Bereitschaft dazu wegen permanenter Unsicherheit. Beide begründen diese Tendenz mit der menschlichen Natur. Konkurrenz um Güter und mangelnde Einsicht in die Motive Anderer führe zu gegenseitigem Misstrauen.⁴⁷ Misstrauen und Kampfbereitschaft seien vernünftig um sich selbst zu erhalten, sogar bei friedlicher Gesinnung, weil es reicht, wenn wenige Andere feindlich vorgehen. Ein Verlassen des Naturzustandes durch den wechselseitigen Verzicht der Rechte zum Schließen eines Staatsvertrags nach Hobbes ist bisher nur auf nationaler Ebene gelungen.

Ohne verbindlich rechtsetzende Ordnung und Kontrolle in der Weltpolitik sind für Morgenthau die drei Idealtypen von Politik Macht zu erhalten, zu steigern und zu demonstrieren, um Autonomie zu wahren und wenn möglich Herrschaftsansprüche durchzusetzen. Alle weiteren nationalen Interessen seien dem untergeordnet, wie auch die Moral, welche nur in der Kultur von einzelnen Nationen begründet sei. Das Vorhaben partikuläre Werte zu universeller Gültigkeit durchzusetzen habe Kreuzzug-Charakter, der zu totalen Kriegen führe, weil Moraldurchsetzung ein nicht verhandelbares Ziel sei.⁴⁸ Der immerwährende Kampf sei nicht zu gewinnen, aber zu kontrollieren. Dafür müssen die Interessen der politischen Akteure anerkannt und ausgeglichen werden. Nur Gegenmacht könne Macht einschränken und die Universalherrschaft anderer verhindern. Abrüstung, internationale Organisationen, Moral und Völkerrecht seien nur theoretische aber keine realen Alternativen.⁴⁹ Die relative Macht von Nationen ist mess- und vergleichbar durch die Kriterien Gebiet, Bevölkerung und Rüstung. Noch bedeutsamer seien der Nationalcharakter, die Nationalmoral und die Führungsfähigkeit der Außenpolitik, wobei sie für Morgenthau am schwersten zu erfassen und folglich ungeeignet sind für eine praktisch anwendbare Theorie.⁵⁰

⁴⁷ Vgl. Hüttemann, Andreas: Naturzustand und Staatsvertrag bei Hobbes; in: Zeitschrift für philosophische Forschung, Bd. 58, H. 1, 2004, S. 29-53, hier: S. 30

⁴⁸ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S. 25

⁴⁹ Vgl. ebd. S. 28

⁵⁰ Vgl. Morgenthau, Hans Joachim: Macht und Frieden, Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S. 180

3.2 Einordnung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in den klassischen Realismus

„Von außen betrachtet sind die Europäer heute reich, alt und schwach, und das ist keine Kombination, die in einer unruhigen und rauen Welt hungriger Aufsteiger Sicherheit und Ruhe verspricht. Sollten daher die Europäer nicht in der Lage sein, sich neu zu organisieren und ihre Interessen zu verteidigen, so wird es nicht allzu lange dauern, bis die Weltmächte des 21. Jahrhunderts versuchen werden, Europa in ihre jeweiligen Interessensphären herüberzuziehen. [...] Wenn die Europäer und ihre Staaten nicht zusammenfinden, ist deren weiterer wirtschaftlicher und geopolitischer Abstieg mit massiven Folgen für deren wirtschaftliche Wettbewerbsposition und damit eine weitere Gefährdung der Finanzierbarkeit ihrer sehr teuren Sozialstaaten gewiss.“⁵¹

Edward Hallett Carr unterschied zwischen militärischer Macht, ökonomischer Macht und *power over opinion*, welche mit *soft power* gleichzusetzen ist.⁵² Hans Joachim Morgenthau definierte Macht über die Ausmaße des Territoriums, der Bevölkerung und der Rüstung. In der folgenden Tabelle werden die genannten Machtpotenziale der theoretischen „Vereinigten Staaten von Europa“ anhand der Daten der Europäischen Union, mit denen von existierenden Großmächten verglichen.

Tabelle 1: Statistische Machtpotenziale der vier Großmächte

		Europäische Union ⁵³	Vereinigte Staaten von Amerika ⁵⁴	Volksrepublik China ⁵⁵	Russische Föderation ⁵⁶
Territorium	km ²	4.479.968	9.833.517	9.596.960	17.098.242
	Weltrang	8.	4.	5.	1.
Bevölkerung	Anzahl	516.195.432	326.625.791	1.379.302.771	142.257.519
	Weltrang	3.	4.	1.	10.
Rüstung ⁵⁷	Ausgaben	\$ 342 Mrd. ⁵⁸	\$ 610 Mrd.	\$ 228 Mrd.	\$ 66,3 Mrd.
	Weltanteil	20 %	35 %	13 %	3,8 %
	Weltrang	2.	1.	3.	5.
	Ausgaben vom BIP	1,52 %	3,29 %	1,9 %	5,4 %
	Weltrang	71.	25.	50.	8.

⁵¹ Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014, S. 104 f.

⁵² Vgl. Carr, Edward Hallett: The Twenty Years' Crisis, London 1941, S. 139 ff.

⁵³ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, European Union

⁵⁴ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, United States

⁵⁵ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, China

⁵⁶ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, Russia

⁵⁷ Vgl. Tian, Nan / Fleurant, Aude / Kuimova, Alexandra et al.: Trends in World Military Expenditure 2017, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Fact Sheet, Solna 2018, S. 2 & 6

⁵⁸ Die totalen Ausgaben, der Weltanteil und der Weltrang beziehen sich hier auf den ganzen europäischen Kontinent, womit z.B. Ukraine inbegriffen ist. Die anteiligen Rüstungsausgaben am BIP und deren Weltrang beziehen sich wieder – wie die komplette restliche Spalte – auf die EU. Europa und die EU sind nicht deckungsgleich. Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien sind die europäischen 4 der weltweit 15 Länder mit den höchsten Militärausgaben und machen bereits 10 % am Weltanteil aus. Militärisch ist die Differenz zwischen Europa und der EU also weltpolitisch gering.

Ökonomie	BIP KKP		\$ 19,97 Bio.	\$ 19,36 Bio.	\$ 23,12 Bio.	\$ 4 Bio.
	Weltrang		2.	3.	1.	7.
	BIP / Einw.		39.200 \$	59.500 \$	16.600 \$	27.900 \$
	Weltrang		46.	20.	106.	71.
	BIP Wachstum		1,9 %	2,2 %	6,8 %	1,8 %
	Weltrang		157.	144.	13.	162.
	BIP Sek- tor	Agrikultur	1,6 %	0,9 %	8,2 %	4,7 %
		Industrie	25,6 %	18,9 %	39,5 %	32,4 %
		Service	74 %	80,2 %	52,2 %	62,3 %

BIP KKP = Bruttoinlandsprodukt Kaufkraftparität, englisch: GDP PPP = gross domestic product purchasing power parity
Mrd. = Milliarde(n), englisch: Billion
Bio. = Billion(en), englisch: Trillion

Zur Methode: Aktuelle Daten und Weltränge wurden von *The World Factbook* der US-amerikanischen *Central Intelligence Agency* (CIA) entnommen – Stand meistens 2017. Bei der Rüstung wurden Daten des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) hinzugezogen. Wenn in einer Rangliste die EU nicht aufgeführt war, wurde eine Einordnung auf Basis der Daten durch mich vorgenommen und Verschiebungen der nachfolgenden Ränge berücksichtigt. Eine Einordnung von Carrs *power over opinion* bzw. *soft power* fehlt, da sie nicht quantifizierbar ist. Gleiches gilt für Morgenthau Kategorien Nationalcharakter, Nationalmoral und Führungsfähigkeit der Außenpolitik.

Die Fläche der EU – und auch Europas – ist mindestens halb so klein wie die der konkurrierenden Großmächte und somit eindeutig unterlegen. Russland, USA und China nehmen weltweit Spitzenpositionen ein.⁵⁹ USA und China werden faktisch nur übertroffen von der Antarktis und Kanada. Erstere ist kein politischer Akteur, letzteres ein Verbündeter der USA⁶⁰. Europa, China und z.T. Russland teilen den geographischen Umstand, von Konflikten, Krisenherden und konkurrierenden Mächten umgeben zu sein. Europa grenzt an Nordafrika und Russland, Russland an China, China grenzt an Japan, und in der Mitte der drei Großmächte liegt der Nahe Osten. Nur die USA haben diesbezüglich den Vorteil isoliert und zurückgezogen positioniert zu sein. Im Osten und Westen liegen Ozeane, im Norden der verbündete Staat Kanada und im Süden Mexiko, mit dem ein partnerschaftliches Verhältnis angestrebt wird⁶¹ und die Grenzsicherung einen hohen Stellenwert einnimmt – wenn auch primär nur zur Einwanderungskontrolle.

⁵⁹ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): *The World Factbook, Country Comparison, Area*

⁶⁰ Vgl. Bureau of Western Hemisphere Affairs: U.S. Relations with Canada; online im Internet <<https://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2089.htm>>, 01.02.2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

⁶¹ Vgl. Bureau of Western Hemisphere Affairs: U.S. Relations with Mexico; online im Internet <<https://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35749.htm>>, 01.04.2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

Bei der Größe der Bevölkerung ist China auf Platz eins. Indien ist mit 1.281.935.911 Einwohnern nah an Chinas Wert auf dem zweiten Platz.⁶² Ob das aufstrebende Indien trotz Wachstumsraten in einigen Bereichen zum umfassenden Hegemonieanwärter wird, ist umstritten.⁶³ Nach großem Abstand reihen sich die EU und die USA auf Platz drei und vier ein. Die gelisteten Großmächte nehmen demnach alle Spitzenpositionen ein. Nur Russland liegt bei der Bevölkerung abgeschlagen auf dem zehnten Platz.

Die jährlichen Rüstungsausgaben der USA sind seit 2010 gesunken⁶⁴, dennoch bleiben sie mit weitem Abstand an der Weltspitze und übertreffen den Konkurrenten China um das 2,6-fache. Trotz des Rückstands ist China im SIPRI-Ranking damit auf Platz zwei und hat zu den nachfolgenden Plätzen wiederum selbst einen großen Vorsprung. Saudi Arabien, Russland und Indien liegen mit Werten von \$63,9 Mrd. bis \$69,4 Mrd. nah beisammen.⁶⁵ Fasst man die gesamteuropäischen Rüstungsausgaben zusammen, ist der Wert 1,5-mal so hoch wie der von China, jedoch nur das 0,56-fache der USA und somit theoretisch auf dem eigentlichen Platz zwei. Mit der aktuellen Struktur der EU ergibt sich dieser Wert aus der Summe aller Ausgaben, die jeweils im nationalen Rahmen vorgenommen werden. Erst ein europäischer Bundesstaat mit vereinter Außen- und Sicherheitspolitik könnte die Rüstungsausgaben effektiv bündeln um im Ranking einen Mitstreiter zu bilden. Gemessen an den anteiligen Militärausgaben am BIP, liegt die EU deutlich hinter allen hier genannten Großmächten.⁶⁶

Dabei bietet aus klassisch realistischer Perspektive der hohe BIP der EU viel Potenzial für Aufrüstung und Machtsteigerung. Er übersteigt den Wert der USA, lässt Staaten wie Russland und Indien (\$9,44 Mrd.) weit zurück und wird nur durch China geschlagen.⁶⁷ Das BIP Wachstum Russlands ist etwa auf gleicher Höhe mit der EU. Die USA, China und Indien (6,7%) haben höhere Raten⁶⁸, sodass sich die EU bzw. das Modell „Vereinigten Staaten von Europa“ langfristig nicht auf Rang zwei des totalen BIP-Wertes ausruhen dürfte. Morgenthau bezieht Ökonomie nicht wie Carr hinzu, weil er Macht als charakteristische Kategorie der Politik definiert, die sie von Gebieten wie Recht, Ethik und eben Ökonomie unterscheidet.

Beim Vergleich der Daten erschließt sich, warum USA, China, EU, Russland und auch z.T. Indien als Großmächte gelten. Sie sind in mehr als bloß einer Kategorie stark und somit im

⁶² Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, Country Comparison

⁶³ Vgl. Miller, Manjari Chatterjee: India's Feeble Foreign Policy - A Would-Be Great Power Resists Its Own Rise; in: Foreign Affairs, Volume 92, Number 3, May/June 2013, S. 14-19

⁶⁴ Vgl. Tian, Nan / Fleurant, Aude / Kuimova, Alexandra et al.: Trends in World Military Expenditure 2017, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Fact Sheet, Solna 2018, S. 2

⁶⁵ Vgl. ebd.

⁶⁶ Vgl. ebd.

⁶⁷ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, Country Comparison, GDP (purchasing power parity)

⁶⁸ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, Country Comparison, GDP – Real Growth Rate

Sinne des klassischen Realismus außerordentlich mächtig. Eine eindeutige Herrschaftsstellung ist nicht gegeben. Eine Unterlegenheit in einem Bereich wird durch Überlegenheit in einem anderen Bereich ausgeglichen, ganz im Sinne der Bildung von Gegenmacht um fremde Macht einzuschränken. Berechnet man die durchschnittliche Platzierung aus den Welträngen der drei nach Morgenthau bedeutenden Machtpotenziale Territorium, Bevölkerung und Rüstung (ohne relative Werte) ergibt sich folgendes:

Tabelle 2: Weltränge in den Machtpotenzialen der vier Großmächte

	Weltrang Territori- umsgröße	Weltrang Bevölke- rungsanzahl	Weltrang Rüstungsaus- gaben	Weltrang Durchschnitt (1)	Weltrang Ökonomie (BIP KKP)	Weltrang Durchschnitt (2)
Europäische Union	8.	3.	2.	4,3.	2.	3,75.
Vereinigte Staaten von Amerika	4.	4.	1.	3.	3.	3.
Volksrepub- lik China	5.	1.	3.	3.	1.	2,5.
Russische Föderation	1.	10.	5.	5,3.	7.	5,75.

(Nach den Methoden der empirischen Sozialforschung haben Ränge Ordinalskalenniveau, sodass die Berechnung des Durchschnitts im Sinne des arithmetischen Mittels kein exakt valides Ergebnis liefert.⁶⁹ Die Bestimmung des Medians ist zulässig, wäre bei der hier geringen Anzahl an Werten jedoch nicht zielführend. Aus diesem Grund sollen die berechneten Werte – wie bei Schulnoten – bloß als Indikatoren zum Vergleich dienen.)

Nach Morgenthaus Kategorien sind im Durchschnitt (1) die USA und China gleichauf. Der Kampf um eine zukünftige Hegemonialstellung wird demnach am wahrscheinlichsten und aussichtsreichsten zwischen diesen beiden Akteuren erfolgen, wofür es tatsächlich seit Jahren Anzeichen gibt.⁷⁰ Dahinter folgt die EU und anschließend Russland. Berücksichtigt man – wie Carr – noch die Ökonomie, bleiben die EU und Russland auf ihren Plätzen, wohingegen China an den USA vorbei die durchschnittliche (2) Spitzenposition einnimmt.

Die aus der EU hervorgehenden „Vereinigten Staaten von Europa“ könnten mit den Großmächten mithalten, da die vier durchschnittlichen Weltränge nahe beieinander liegen.⁷¹ Die Wahrscheinlichkeit und Erfolgsaussicht auf eine weltweite Spitzenposition ist nach den Kriterien des klassischen Realismus höher als bei Russland, jedoch geringer als bei China und den USA.

⁶⁹ Vgl. Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 10. Auflage, Oldenbourg 2013, S. 133 ff.

⁷⁰ Vgl. Herwartz, Christoph: USA rüsten gegen China - Der Krieg, den es nicht geben darf; online im Internet <<https://www.n-tv.de/politik/US-Wahl/Der-Krieg-den-es-nicht-geben-darf-article7665136.html>>, 28.05.2015, [zugegriffen am 17.07.2018]

⁷¹ Die Möglichkeit zumindest mithalten zu können, ist umso bedeutender für einen europäischen Bund, da die einzelnen Mitgliedstaaten alleine gegen die konkurrierenden Großmächte chancenlos wären.

David Engels fasst die Gefahren für Europa samt Schlussfolgerung folgendermaßen zusammen:

„Dabei ist es für die Europäische Union fast unausweichlich, auch außenpolitisch und verteidigungstechnisch die Kräfte zu bündeln, die bislang in 28 verschiedene Staaten zersplittert sind, denn langfristig wird der Aufstieg der neuen Weltmächte, die Erschöpfung strategischer Ressourcen wie auch der absehbare allmähliche Rückzug der überbelasteten Vereinigten Staaten aus der westlichen Welt außenpolitische Konflikte beschwören, in denen nur eine starke gemeinsame Außenpolitik dem Erdteil auch wirtschaftlich ein langfristiges Überleben sichern kann. Die Weltpolitik wartet nicht, dass Europa sich auf seinen verwaltungstechnischen Lorbeeren ausgeruht hat, und der Erdteil kann sich eine am trügerischen Frieden des Kalten Krieges orientierte ‚splendid isolation‘ nicht leisten, wenn er nicht Gefahr laufen will, eines Tages vom Schicksal der Machtpolitik eingeholt zu werden. Denn die Konflikte sind nahezu vorprogrammiert und die direkte oder indirekte Herrschaft über Europa immer noch ein mehr als anziehender Preis künftiger weltpolitischer Auseinandersetzungen, vereinigt die Union doch einerseits fast den gesamten europäischen Kontinent, eine halbe Milliarde Menschen und einen gewaltigen Wirtschaftsraum. Andererseits aber ist Europa geopolitisch äußerst verwundbar, da es aufgrund seiner geographischen Nähe zu den Krisenherden Asiens, Afrikas und der islamischen Welt im Notfall unmöglich auf eine nahezu unangreifbare Insellage zurückziehen kann wie etwa die von den treuen Bündnispartnern Kanada und Mexiko eingerahmten Vereinigten Staaten.“⁷²

⁷² Engels, David: Auf dem Weg ins Imperium, Köln 2014, S. 345 f.

3.3 Der Neorealismus

In den 1970ern geriet der klassische Realismus in die Kritik. Den neuen Umständen angepasst, entstand der Neorealismus ganz in der Tradition des klassischen Vorgängers, mit methodischen und theoretischen Weiterentwicklungen. Maßgeblicher Initiator war Kenneth Neal Waltz mit seinem Werk *Theory of International Politics*. Wie der Titel impliziert, betrachtet er die internationale Politik als einen eigenständigen Analysebereich mit Gesetzmäßigkeiten.

Unter drei Kategorien subsumiert er Erklärungsansätze zu Kriegsursachen: Das *first image* umfasst anthropologische Argumente aus der menschlichen Natur heraus, worunter Morgenthau's klassischer Realismus zuzuordnen ist. Das *second image* umfasst die innere Herrschaftsordnung von Staaten. Beiden misst Waltz keine signifikante Erklärungskraft zu.⁷³ Entscheidend sei das *third image* mit strukturellen Ansätzen, welches das anarchische System mit konkurrierenden Einheiten international konstituiert, in dem die Abwesenheit von Herrschaft Konflikte durch divergierende Interessen verursacht.

Das Streben nach Macht bleibt weiterhin ein entscheidender Faktor. Anders als die traditionellen Definition wie bei Weber, ist für Waltz ein Staat mächtig, wenn er die Politik anderer Staaten stärker beeinflusst, als jene die eigene Politik – ob aktiv oder indirekt.⁷⁴ Weg von der Akteur-Ebene, sei außenpolitisches Verhalten nicht mehr durch die frühere Annahme eines anthropologisch-individual-psychologisch angeborenen Machttriebs zu erklären, sondern durch die übergeordnete Struktur des internationalen Systems, der auf die Staaten als Systemeinheiten wirkt. Nach Waltz sind politische Systeme gekennzeichnet durch: Ordnungsprinzipien, Akteur-Eigenschaften und deren Stärkeverhältnisse untereinander (*distribution of capabilities*).⁷⁵ Innerstaatlich ist das Ordnungsprinzip vertikal hierarchisch, zwischenstaatlich horizontal anarchisch, weil eine zentrale übergeordnete Regelungs- und Sanktionsinstanz fehlt. Ohne Arbeitsteilung hat die Sicherung des Überlebens oberste Priorität. Erst wenn Sicherheit nach innen wie nach außen garantiert ist, könne sich anderen Interessen gewidmet werden, darin gleichen sich alle Staaten. Hier gilt die traditionelle Definition von Sicherheit als die Fähigkeit des Staates äußere Gewalt (mögliche oder faktische) zu vermeiden, abzuwehren, einzudämmen oder zu

⁷³ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S.31 ff.

⁷⁴ Vgl. Waltz, Kenneth Neal: *Theory of International Politics*, New York 1979, S. 192

⁷⁵ Vgl. Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung - Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 4. Auflage, Baden-Baden 2009, S. 156

beenden.⁷⁶ Eine Steigerung der Macht sei im Interesse jedes Staates, da er so sicherer und unabhängiger werde. Im Sinne der Verteidigung und Selbsterhaltung erscheint das Machstreben als vernünftig und legitim.⁷⁷ Die Machtsteigerung und das Sicherheitsgefühl sind allerdings stets relativ, weil das von John H. Herz konzipierte Sicherheitsdilemma einsetzt:

Aufgrund der anarchischen Struktur des internationalen Systems sind die Staaten auf Selbsthilfe angewiesen. Fehlende Informationen mit Ungewissheit über die Absichten der anderen Staaten verursachen Unsicherheit und Skepsis. Ständiges Misstrauen führt zur Aufrüstung der Machtpotenziale jedes einzelnen Staates um die empfundene Sicherheit und Autonomie zu gewährleisten. Dies wiederum beunruhigt umliegende Staaten, welche zum Mithalten genötigt werden, um für einen drohenden Notfall vorbereitet zu sein. Es entsteht ein konkurrierender Wettlauf um Macht, ein Teufelskreis aus Machtanhäufung aus dem Sicherheitsbedürfnis.⁷⁸ Es reicht, dass nur einige Staaten zur Gewaltanwendung bereit sind, um alle übrigen – unabhängig ihrer Gesinnung – zum Mitrüsten zwecks Verteidigungsbereitschaft zu bewegen. Andernfalls drohe betroffenen Staaten mindestens eine Schädigung ihrer Autonomie und Interessensdurchsetzung, bis hin zur möglichen Eroberung.⁷⁹

Weniger erfolgreiche Staaten werden sich in ihrem Verhalten am Vorbild erfolgreicherer Staaten orientieren. Diese Imitationsprozesse durch Angleichung der Einheiten können eine Sozialisation der Systemstruktur bewirken, gerade wenn rationale Kooperationen zum Ausgleich eigener Nachteile eingegangen werden.⁸⁰

Unterschiedliche Konfigurationen entstehen, indem alle Systemeinheiten zwar in ihren Aufgaben gleich sind, jedoch unterschiedlich starke Machtpotenziale besitzen, woraus sich Unterschiede im Verhalten der Staaten und ihren Interaktionsergebnissen ergeben. Es herrscht eine Wechselwirkung zwischen der Struktur des internationalen Systems und den (interagierenden) Einheiten. Einflüsse anderer Art gebe es, seien aber weniger bedeutend. Maßgebliche Systemeinheiten seien Staaten, andere internationale Akteure werden von Waltz nicht für einflussreich genug erachtet.⁸¹ Arnold Wolfers hat für die anarchische Struktur den Vergleich zu Billardkugeln gezogen, die mit gleichen Intentionen ständig in Bewegung sind, sich aneinander

⁷⁶ Vgl. Reiter, Erich: Sinn und Zweck einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Doktrin - Eine Studie des Militärwissenschaftlichen Büros, Wien 2000, S. 1 f.

⁷⁷ Vgl. Hacke, Christian: Macht; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 277-287, hier: S. 281

⁷⁸ Vgl. Herz, John: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma; in: ebd.: Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974, S. 39-56, hier: S. 39

⁷⁹ Vgl. Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung - Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Baden-Baden 2009, S. 158

⁸⁰ Vgl. Düsberg, Volker: Balance of Power und Hegemonie, Köln 1992, S. 20

⁸¹ Vgl. Waltz, Kenneth Neal: Theory of International Politics, New York 1979, S. 93

abstoßen und unausweichlich den einheitlichen Regeln des Daseinskampfes ausgesetzt sind.⁸²
& 83

Absolute Machtakkumulation zur maximalen Dominanz wie im klassischen Realismus ist im Neorealismus eine Option, aber keine Notwendigkeit mehr. Eher habe die Bewahrung der eigenen Position im System als Minimalziel Priorität. Das Streben nach Sicherheit und Autonomie beinhalte auch eine Skepsis gegenüber Einflussnahmen durch andere Staaten und internationale Institutionen, weshalb Kooperationen kurzfristig möglich, aber kaum von Dauer seien.⁸⁴ Um nicht unterlegen oder abhängig zu werden, werden Interdependenzen möglichst vermieden. Nach Joseph Grieco reicht nicht mal die Aussicht auf absolute Gewinne für alle Teilnehmer einer Kooperation aus um diese einzugehen, weil es wichtiger sei, dass die anderen nicht mehr gewinnen als man selbst.⁸⁵ So soll in defensiver Selbstbehauptung einer möglichen Übervorteilung und Überlegenheit anderer vorgebeugt werden.

Eine Variation der Theorie stellt der „Offensive Realismus“ von John Joseph Mearsheimer dar, der – wie im klassischen Realismus – absolute Macht und das Ziel einer dominierenden Stellung betont. Der relative Status-Quo sei nicht ausreichend. Im Gegensatz dazu steht der „Defensive Realismus“, vertreten durch Stephen Martin Walt, der dauerhafte Kooperation sehr wohl zulässt, solange die Sicherheit gewährleistet ist. Dann sei sogar der Verzicht von Autonomieanteilen an internationale Institutionen denkbar, solange dadurch Vorteile, Macht und Einfluss in jenen Organisationen in Aussicht stehen.⁸⁶

Auf die im Neorealismus bedeutende Gleichgewichtsbildung und Polarität, werde ich durch Anknüpfung mit der Theorie der hegemonialen Stabilität erst in Kapitel 4 eingehen.

⁸² Vgl. Hacke, Christian: Macht; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 277-287, hier: S. 281

⁸³ Vgl. Filzmaier, Peter / Gewessler, Leonore / Höll, Otmar et al.: Internationale Politik - Eine Einführung, Wien 2006, S. 44.

⁸⁴ Vgl. Puglierin, Jana: Realismus als IB-Theorie; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 394-401, hier: S. 397 f.

⁸⁵ Vgl. Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung - Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Baden-Baden 2009, S. 160

⁸⁶ Vgl. Puglierin, Jana: Realismus als IB-Theorie; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 394-401, hier: S. 399

3.4 Einordnung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in den Neorealismus

„Vereinigte Staaten von Europa“, die sich aus einer bloßen Union weiterentwickeln würden, wären mehr als eine supranationale Organisation. Sie wären ein vollwertiger Staat, der im Neorealismus relevant ist. Inwieweit die innereuropäische Integration und Politik ausgeprägt wäre, ist für den Neorealismus irrelevant. Die Bildung solcher vereinigten europäischen Staaten wäre ein ideales Beispiel für eine großangelegte Umsetzung des defensiven Realismus, nach dem dauerhafte Kooperation sogar mit Aufgabe von Autonomien möglich ist, solange das oberste Gebot der Sicherheit gewährleistet wird. In einer solchen Konstellation würden bewährte Verbündete nicht mehr misstrauisch als Gefahr angesehen.

Die auch für den Neorealismus relevanten Machtpotenziale wurden bei der Einordnung in den klassischen Realismus (3.2) erörtert. Weil in einer international anarchischen Struktur die Staaten auf Selbsthilfe angewiesen sind um das oberste Ziel der Sicherheit zu gewährleisten, bräuchte es vor allem militärische Überlegenheit. In einer Studie der Credit Suisse AG wurde ein Indikator für militärische Stärke kreiert, welcher sich aus sechs gewichteten Elementen zusammensetzt⁸⁷ und den theoretischen Bestwert ‚1‘ hat. Demnach sind die USA mit dem Wert 0,94 führend, Russland und China folgen mit 0,8 und 0,79.⁸⁸ Die EU ist nicht gelistet, bloß einzelne Mitgliedstaaten (Ranking/Wert): Frankreich (6. / 0,61), Italien (8. / 0,52), Großbritannien (9. / 0,5), Polen (17. / 0,23) und Deutschland (18. / 0,19).⁸⁹ Nicht berücksichtigt ist in diesem Indikator das nukleare Potenzial. Laut SIPRI besitzt Russland mit 6.850 Atomsprengköpfen das größte nukleare Arsenal, dahinter die USA mit 6.450.⁹⁰ Damit gehört beiden Staaten fast das weltweite Inventar von 14.465 Einheiten, die übrigen 1.165 verteilen sich auf Großbritannien (215), Frankreich (300), China (280), Indien (135), Pakistan (145), Israel (80) und Nord-Korea (15).⁹¹ Die europäischen Atommächte kommen gemeinsam auf 515, was weniger als 8% von den je führenden zwei Staaten ausmacht und das 1,83-fache des nachfolgenden China. Wie in Tabelle 1 wäre ein europäischer Bundesstaat damit auf dem relativen dritten

⁸⁷ Aktives Personal (5%), Panzer (10%), Kampfhelikopter (15%), Flugzeuge (20%), Flugzeugträger (25%), U-Boote (25%)

⁸⁸ Vgl. Credit Suisse AG (Hrsg.): *The End of Globalization or a more Multipolar World?*, Zurich 2015, S. 41

⁸⁹ Vgl. ebd.

⁹⁰ Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): *SIPRI Yearbook 2018 - Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford 2018, S. 236

⁹¹ Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): *SIPRI Yearbook 2018 - Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford 2018, S. 236

Rang. Nach Waltz bieten Nuklearwaffen im Besitz rational handelnder Staaten Stabilität, da sie konventionelle Eskalationen durch überwältigende Machtfülle begrenzen.^{92 & 93}

Lassen sich Machtpotenziale – wie bei Morgenthau – durch die Gegenüberstellung von Statistiken noch konkret benennen, ist Waltz' Definition von Macht, dass ein Staat mächtiger ist, wenn er einen anderen Staat stärker beeinflusst als er selbst durch ihn beeinflusst wird, schwieriger zu quantifizieren. Innerhalb Europas mag der Frieden stabil gewahrt worden sein, in der Nachbarschaft aber liegen Russland, Ukraine, Türkei, der Nahe und Mittlere Osten sowie der afrikanische Kontinent, die Konfliktpotenzial besitzen. Zu Russland besteht ein ambivalentes Verhältnis zwischen Sanktionen aufgrund der Annexion der Krim und Kooperation durch die Abhängigkeit von Energieimporten. Die Spannungen sind auf die Osterweiterung der EU sowie der Vertiefung der Handelsbeziehungen mit der Ukraine zurückzuführen, allesamt ehemalige Bestandteile der Sowjetunion. Im Sinne des Sicherheitsdilemmas sieht das seit dem UdSSR-Zerfall geschwächte Russland die EU-Politik als Einschränkung und Bedrohung. Die Beteiligung an Konflikten im Nahen Osten – vor allem in Syrien – zeigt, dass Russland eine mögliche Auseinandersetzung mit dem Westen nicht scheut. Sympathiebekundungen und mögliche Unterstützung von nationalen und euroskeptischen Parteien in Europa durch Präsident Wladimir Putin legen nahe, dass er ein fragmentiertes Europa vorzieht. Exporte von Rohstoffen und Energie nach Europa bilden den Kern ihrer Wirtschaft, sodass ein gestärktes und unabhängiges Europa von Nachteil wäre, wenn Russland eine Abhängigkeitsverschiebung nach China vermeiden möchte. Die Befürchtung, Russland wolle mit dem Ziel seinen Weltmachtstatus wiederzuerlangen, in Zukunft die Ukraine und weitere Teile Osteuropas für sich zurückzugewinnen/annektieren, wird kontrovers diskutiert und kann nicht abschließend bestätigt oder dementiert werden. Die bloße Existenz des möglichen Eintretens dieses Szenarios sollte nach dem Neorealismus für Europa Grund genug für Vorsichtsmaßnahmen sein. Die Umstände, dass 80% der russischen Bevölkerung westlich vom Ural an Europa orientiert lebt und im Südosten die aufstrebende Großmacht China konkurriert, könnten wiederum als Motivation dienen eine partnerschaftliche Zukunft mit Europa anzustreben.

⁹² Vgl. Waltz, Kenneth Neal: *Intimations of Multipolarity*; in: Hansen, Birthe / Heurlin, Bertel (eds.): *The New World Order*, London 2000, S. 1-18, S. 10

⁹³ Der praktische Wert von Atomwaffen ist umstritten. Durch das enorme Zerstörungspotenzial, ist eine steigende Anzahl von Sprengköpfen nicht mit mehr Effektivität verbunden, ab einer gewissen Anzahl setzt der abnehmende Grenznutzen ein. Wohl aus diesem Grund, wird der nukleare Faktor bei der Bestimmung von militärischer Stärke in Studien nicht miteingerechnet. Abschreckung mag ein Grund für die große Anzahl an Sprengköpfen von Russland und USA sein. Viele Raketen ermöglichen es zudem *Anti-Access Area Denial (A2AD)* Systeme zu durchbrechen, also Verteidigungs- und Abfangsysteme des Ziels durch mehrfachen Beschuss zu überlasten bis einige wenige Sprengköpfe durchkommen.

Die USA gelten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Sicherheitsgarant für Europa. Durch die Gewährleistung des nuklearen Schutzschirms konnten die europäischen Staaten die Verteidigungsausgaben zugunsten von anderweitigen Investitionen (z.B. in Wirtschaft und Sozialstaat) zurückfahren. Der Verlass auf den transatlantischen Partner schwindet in jüngster Zeit vermehrt durch die strategische Neuausrichtung der US-Politik, die ihren Fokus auf den ferneren Osten Richtung China verschiebt und Europa zu mehr Selbstständigkeit in der Sicherheitspolitik zwingt. Seit der Eurokrise kaufen Chinesen gezielt Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie Transport- und Versorgungsanlagen in Europa.⁹⁴ Die Konflikte im Nahen Osten sind hochkomplex, die weitere Entwicklung unberechenbar, das Konfliktpotenzial somit hoch – und all das unweit von Europa entfernt. Eine Bedrohung der Sicherheitslage besteht somit mittelfristig, zumal eine gemeinsame Strategie für die Region fehlt.

All diese angeschnittenen Verstrickungen zeigen, dass Autonomie als hohes Gut nach Waltz in der heutigen Zeit der Digitalisierung, Globalisierung und wirtschaftlichen Vernetzung ein kaum mehr einzuhaltendes Ideal geworden ist. Nach dem Neorealismus wäre durch jene vielschichtigen Interdependenzen die Unabhängigkeit eines europäischen Bundesstaates eingeschränkt und somit die Sicherheit in Gefahr. Fischer schlussfolgert daraus:

„Solange Europa geteilt und zerstritten bleibt, wird die extreme sicherheitspolitische Schräglage zwischen den USA und Europa im transatlantischen Bündnis nicht ab-, sondern zunehmen, weil die nationalen Militärstrukturen, die Verteidigungsanstrengungen der klassischen europäischen Nationalstaaten und deren relativ abnehmendes Technologiepotenzial eine weitere Schwächung erzwingen werden. Aus all dem Gesagten ergibt sich daher, dass auch in den Sicherheitsfragen die strategische Priorität für EU-Europa wie NATO-Europa gleichermaßen die Herstellung der politischen europäischen Einheit sein muss. [...] Wenn sich Europa also in seiner geopolitischen Nachbarschaft umschaute, so würde es im Osten und Süden im Wesentlichen nur Krisen, Konflikte und Risiken sehen, denen es sich gemeinsam mit seinen transatlantischen Partnern stellen müsste.“⁹⁵

⁹⁴ Vgl. Geppert, Dominik: Ein Europa, das es nicht gibt, 2. Auflage, Berlin 2013, S. 109

⁹⁵ Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014, S. 135 f.

4. Hegemonie-Theorie und Anwendung

Christian Hacke bietet eine Dreiteilung des internationalen Systems an⁹⁶: Die Postmoderne Welt bestehe aus den EU-Mitgliedstaaten und Nordamerika. Ihre westliche Demokratie sei durch Frieden, Wohlstand, hohe Integrationsdichte und vorrangig durch *soft power* charakterisiert. Die klassische Moderne ist die zweite weltpolitische Zone, wo Macht und *hard power* nach nationalen Interessen wie im Realismus bedeutsam seien. Hierunter zählt der Aufstieg von tendenziell autoritären Nationen wie China, die das Machtverhältnis im ostasiatischen Raum anspannen und die Weltpolitik herausfordern. Die dritte, sogenannte vormoderne Zone ist mit der Dritten Welt gleichzusetzen, also mit geschwächten bis gescheiterten Staaten, die durch Terrorismus, Kriminalität, Korruption und (Bürger-)Kriege gekennzeichnet sind.

4.1 Theorie hegemonialer Stabilität und *power transition*

Im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges mit dem anschließenden Westfälischen Frieden hat sich das Souveränitätsprinzip der zahlreichen Staaten etabliert, die der Idee des Weltstaats entgegenstand, womit die Anarchie der Staatenwelt zugenommen hat.⁹⁷ Die Anarchieproblematik kann – neben Selbsthilfe – durch die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter überwunden werden, die durch die Kriterien „Nichtausschließbarkeit“ und „Nichtrivalität“ definiert sind. Anders als private Güter, Clubgüter und Allmendegüter, welche in Zugang und Ausschöpfung limitiert sind, profitieren von öffentlichen Gütern alle unbegrenzt, weswegen deren Bereitstellung für große Mächte lohnend ist.⁹⁸ Andere Staaten werden zur Mitnutzung, Teilhabe und Gefolgschaft bewegt. Somit kann eine Großmacht eine Hierarchie in der anarchischen Staatenwelt schaffen. Als Spitzenreiter ist der Nutzen an der Erschaffung und Erhaltung der Ordnung groß, kleinere Staaten profitieren ebenso durch die Nutzung der öffentlichen Güter, z.T. durch *Freeridertum* bzw. *Cheapridertum*, wo einseitig die Vorteile genutzt werden, ohne angemessene Beiträge zu leisten.⁹⁹ Eine hegemoniale Stabilität liegt dann vor, wenn die Großmacht allein oder maßgeblich für die Bereitstellung sorgt. Mit steigendem Abstand zu den nachfolgenden Staaten, kann sie eher die stellvertretende Rolle des nicht vorhandenen Weltstaats einnehmen.¹⁰⁰ Damit ist Hegemonie ein Gegenkonzept zur internationalen Anarchie.¹⁰¹

⁹⁶ Vgl. Hacke, Christian: Mehr Bismarck, weniger Habermas; in: Internationale Politik, Jahrgang 61, Nr. 6, 2006, S. 68-76

⁹⁷ Vgl. Menzel, Ulrich: Die Ordnung der Welt, Berlin 2015, S. 30 f.

⁹⁸ Vgl. ebd. S. 33 ff.

⁹⁹ Vgl. ebd. S. 35

¹⁰⁰ Vgl. ebd. S. 37 f.

¹⁰¹ Vgl. Leggewie, Claus: Kulturelle Hegemonie - Gramsci und die Folgen; in: Leviathan Vol. 15, No. 2 (1987), S. 285-304, hier: S. 288

In Abgrenzung zum Imperium – welches durch den Einsatz von Gewalt, Zwang und Herrschaft charakterisiert ist – zeichnet sich Hegemonie durch akzeptierte Führerschaft in einem Bündnis von selbstständigen Gefolgststaaten aus.¹⁰² Weil ein Imperium das Territorium bis in innere Angelegenheiten kontrolliert und ausbeutet, ist es nicht mit dem Souveränitätsprinzip vereinbar. Heinrich Triepel hat Hegemonie mit Führung gleichgesetzt, um sie von Formen der Herrschaft abzugrenzen. Dafür braucht es Autorität. Hegemonie ist die Führung einer Staatengruppe durch das Mitglied mit den absolut stärksten Machtpotenzialen, um sich von konkurrierenden Staaten und Gruppen abzugrenzen bzw. deren Potenziale zu balancieren.¹⁰³

Laut der George-Modelski-Schule müsse eine Hegemonialmacht über 50% des Weltaufkommens verfügen, damit sie stabil sei und nicht von konkurrierenden Mächten bzw. Gegenbündnissen herausgefordert werden könne.¹⁰⁴ Stabilität im wirtschaftlichen und Sicherheit im militärischen Sinne sind die wichtigsten Güter, deren Finanzierung der Hegemon alleine oder hauptsächlich im Verbund stemmen sollte. Ist in der Aufstiegsphase und im Zenit der Hegemonialstellung das *Freeridertum* noch geduldet, kann der Druck zur Lastenteilung (*burden sharing*) in der Abstiegsphase zunehmen.¹⁰⁵ Ein Aufstieg wird meist durch innovatorische Leistungen (z.B. in Wissenschaft, Technik und Produktion) sowie fundamentalen Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen in Gang gesetzt¹⁰⁶, die überlegene Wettbewerbsvorteile hervorbringen; Abstiege werden oft durch Nachlassen des Innovationsvorsprungs eingeleitet, durch effiziente Imitationen der Konkurrenz oder deren Gegeninnovationen.¹⁰⁷ Je nach Ausprägung des Altruismus oder Egoismus, sowie der Betonung auf *soft power* oder *hard power*, wird der Hegemon als *benevolente* oder *malevolente* bezeichnet.¹⁰⁸ Bei letzterem kann ein Übergang zum informellen Imperium bestehen, wenn Zwangsmittel dominieren.

Stabile Sicherheit – verstanden als Abwesenheit von Krieg – entsteht dem Neorealismus zufolge durch eine Politik der Gleichgewichtsbildung. Eine gleichmäßig bipolare Struktur bietet die höchste Erwartungssicherheit, da alle Staaten der ein oder anderen Allianz angehören und damit Gewissheit herrsche. Für Waltz ist das Gleichgewicht der Mächte (*balance of power*) das Ergebnis der konditionierenden Wirkungen vom internationalen System auf die (inter-)agieren-

¹⁰² Vgl. Menzel, Ulrich: Die Ordnung der Welt, Berlin 2015, S. 39 ff.

¹⁰³ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S. 53

¹⁰⁴ Vgl. Menzel, Ulrich: Die Ordnung der Welt, Berlin 2015, S. 42

¹⁰⁵ Vgl. ebd. S. 43

¹⁰⁶ Vgl. Cox, Robert W.: Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen - Ein Aufsatz zur Methode; in: ebd.: Weltordnung und Hegemonie - Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, Marburg 1998, S. 69-86, hier: S. 79 & 82 f.

¹⁰⁷ Vgl. Menzel, Ulrich: Die Idealtypen von Imperium und Hegemonie, S. 21; online im Internet <<http://www.ulrich-menzel.de/dienstleistungen/veroeffentlicht/Idealtypen.pdf>>, o.J., [zugegriffen am 17.07.2018]

¹⁰⁸ Vgl. Menzel, Ulrich: Die Ordnung der Welt, Berlin 2015, S. 45

den Einheiten. Von einem finalen und statischen *balance of power* Zustand kann nicht ausgegangen werden, es bleibt ein dynamischer Prozess, demnach für jedes politische Gewicht sich irgendwo ein Gegengewicht bildet, damit übermäßige Machtanhäufung verhindert werde.¹⁰⁹ Die tatsächliche Polarität des Systems bemisst sich an der Anzahl der existierenden Großmächte (unipolar, bipolar, multipolar).

Die Struktur des internationalen Systems wird durch die Staaten mit den größten selbstständigen Machtpotenzialen bestimmt, genannt *principal units*, *great powers*, *major units* oder Pole, um die herum sich üblicherweise Koalitionen bilden. Ein Staat kann als solche Großmacht eingestuft werden, sobald sie in allen Bereichen (Bevölkerung, Territorium, Wirtschaft, Ressourcen, Militär etc.) Spitzenpositionen einnimmt.¹¹⁰ Weil zur Wahrung der grundsätzlich notwendigen Sicherheit militärische Potenziale notwendig sind, wird im Realismus diesem Bereich die höchste Bedeutung zugemessen.¹¹¹

Nach einem Aufstieg ist die Haltung der Spitzenposition langfristig schwierig, weil der mathematische Effekt des abnehmenden Grenznutzens einsetzt: die steile Wachstumskurve flacht aller Wahrscheinlichkeit ab, die laufenden Kosten der Bereitstellung von Schutz und Gütern dämpfen zusätzlich.¹¹² Kleinere Staaten können diese Situation für sich nutzen, indem sie Techniken des Hegemons kopieren ohne die Forschungs- und Entwicklungskosten tragen zu müssen, ggf. selbst Innovationen entwickeln und somit höhere Wachstumsraten erzielen als der stagnierende Hegemon.

Hat sich eine internationale Ordnung erst etabliert, wird das System weitgehend als gegeben akzeptiert, stützende Investitionen werden getätigt und die Ordnung samt Regeln verfestigt sich selbst.¹¹³ Hintergrund ist das rationale Kalkül, vorzugsweise einer unperfekten Ordnung zu folgen, als in den unberechenbaren Naturzustand der Anarchie zurückzukehren. Im 20. Jahrhundert sind Deutschland und Japan Beispiele für Nationen, die nach ihrer Kriegsniederlage drastische Wandel erlebten, sich der westlich-amerikanischen Hegemonie anschlossen, wirtschaftlich enorm daran profitierten und in Folge ihres Aufschwungs überzeugte Verfechter der liberalen Ordnung geworden sind.¹¹⁴ Das Festhalten an der Ordnung kann so weit gehen, dass sie sogar bestehen kann, wenn der dafür verantwortliche Hegemon seine Spitzenposition verliert,

¹⁰⁹ Vgl. Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik, 3. Auflage, München 2001, S. 16 f.

¹¹⁰ Vgl. Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005, S. 48

¹¹¹ Vgl. ebd. S. 60

¹¹² Vgl. Lake, David A.: Dominance and subordination in world politics: authority, liberalism, and stability in the modern international order; in: Ikenberry, Gilford John (Hrsg.): Power, Order, and Change in World Politics, Cambridge 2014, S. 61-82, hier: S. 75

¹¹³ Vgl. ebd. S. 64 f.

¹¹⁴ Vgl. ebd. S. 78

indem der Aufsteiger lediglich den Hegemonialplatz herausfordert, nicht die Ordnung.¹¹⁵ Der Effekt wird *hegemonic afterglow* genannt.¹¹⁶

Die *power transition* Theorie befasst sich im Rahmen des Paradigmas des Realismus, mit der Konkurrenzsituation zwischen einem bestehenden Hegemon und einem Aufsteiger sowie den möglichen Entwicklungspfaden. Innerhalb der Machthierarchie des internationalen Systems unterscheidet die Theorie zwischen zufriedenen (*satisfied*) und unzufriedenen (*dissatisfied*) Staaten. Per Definition ist der Hegemon zufrieden, da er von der Ordnung profitiert und folglich Interesse an der Aufrechterhaltung hat. Abhängigkeiten, Mangel an Mitbestimmung und unfair empfundene Teilhabe können einige Gründe sein, die einen Staat auf internationaler Ebene unzufrieden machen. Ob die bestehende Ordnung herausgefordert wird und/oder ein Wechsel der Spitzenposition erfolgt, hängt davon ab, wie die Machtpotenziale des Hegemons und des Aufsteigers zueinander stehen und wie die Zufriedenheit seitens des Aufsteigers ist. Am wahrscheinlichsten wird der Hegemon herausgefordert, wenn der Aufsteiger einen annähernden Gleichstand von zumindest 80% der Machtpotenziale des Hegemons erreicht hat.¹¹⁷ Ein offener Konflikt ist in dieser Phase am wahrscheinlichsten, da ohne klare Überlegenheit beide Parteien realistische Siegchancen für sich sehen. Ob ein solcher kostenintensiver Konflikt riskiert wird, hängt vom Grad der Unzufriedenheit des Herausforderers ab. Somit liegt es im Interesse des Hegemons zur eigenen Selbsterhaltung die weltweiten Machtpotenziale wiederholt zu evaluieren, positive Anreize zur Teilhabe zu schaffen und zur Wahrung der Zufriedenheit Konflikte mit Großmächten zu meiden.¹¹⁸

Nach der *power transition* Theorie ist ein möglichst großer Abstand vom Hegemon zum nächstmächtigen Aufsteiger von Vorteil, da bei einer deutlich übermächtigen Vormachtstellung ein rationaler Konkurrent den Konflikt scheut und Kooperation innerhalb der Ordnung sucht.¹¹⁹ Zwischen der Option Konflikte zu vermeiden und der Option sie zu provozieren, existieren je nach Verhältnis der beiden Optionsausführungen verschiedene Strategien, wie ein Hegemon mit einem Aufsteiger umgehen kann¹²⁰:

¹¹⁵ Vgl. Lake, David A.: Dominance and subordination in world politics: authority, liberalism, and stability in the modern international order; in: Ikenberry, Gilford John (Hrsg.): Power, Order, and Change in World Politics, Cambridge 2014, S. 61-82, hier: S. 64

¹¹⁶ Vgl. ebd. S. 75

¹¹⁷ Vgl. Szayna, Thomas S.: The role of the hegemon; in: ebd. et al.: The Emergence of Peer Competitors, Santa Monica 2001, S. 45-72, hier: S. 48

¹¹⁸ Vgl. ebd. S. 50

¹¹⁹ Vgl. ebd. S. 66

¹²⁰ Vgl. ebd. S. 63

Die *Conciliate Strategy* sieht eine Betonung auf gemeinsamen Interessen vor. Der Aufsteiger wird zu seinem Vorteil in die bestehende Ordnung integriert, um ihn zum Verbündeten des Hegemons zu machen. Als solcher würde ein Aufsteiger, der zum neuen Hegemon wird, konfliktfrei am früheren Hegemon vorbeiziehen, welcher wiederum zwar seine Spitzenposition verliert, aber als nächstgroßer Verbündeter des neuen Hegemons weiterhin einflussreich bleibt. Eine militärische Konfrontation um die Rangfolge bei gleichbleibender Ordnung wäre für beide Seiten irrational und unrentabel.

Die *Co-Opt Strategy* setzt weiterhin vermehrt auf Kooperation, doch erhöht den Druck, um eine Herausforderung zu verhindern, zumindest aber das Wachstum des Aufsteigers in die vom Hegemon gewünschte Richtung zu lenken. Grund für dieses Verhalten sind unterschiedliche Grade an Zufriedenheit und verschiedene Weltanschauungen, die nicht mehr annähernd übereinstimmen, sondern mit Abstrichen zu einem Kompromiss geführt werden müssen. Sollte trotz Nutzung von *soft power* und *hard power* ein Machtwechsel nicht verhindert werden können, hofft der überholte Hegemon auf nur geringe Änderungen an der Ordnung.

Die *Constrain Strategy* ähnelt der *Co-Opt Strategy*, nur kippt das Verhältnis der Maßnahmen nun von Kooperation zu mehr Druckausübung. Der Aufsteiger soll in seinem Wachstum eingeschränkt und politisch gezähmt werden, damit der Hegemon seine Stellung bewahrt. Sollte der Aufsteiger die Spitzenposition einnehmen, droht eine große Änderung an der bestehenden Ordnung, die für den bestehenden Hegemon unattraktiv ist. Der Hegemon versucht somit die Kosten und die Überwindung für einen Konflikt hoch zu treiben, damit der Aufsteiger von seinen Ambitionen absieht und sich mit seiner relativen Position zufriedengibt.

In der *Compete Strategy* dominieren die konfliktträchtigen Methoden zur Bestrafung des Aufsteigers. Der herausgeforderte Hegemon erwartet fundamentale Änderungen der Ordnung sowie seiner Position im Falle eines Machtwechsels, sodass er den Aufsteiger mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht, inklusive militärischer Interventionen.

4.2 Entwicklung einer aufsteigenden Europamacht

Der Versuch der Gleichgewichtsbildung hat Europa geschichtlich seit dem Zerfall des Römischen Reiches geprägt. Wechselnde Machtverhältnisse gipfelten im 20. Jahrhundert in zwei globalen Hegemoniekriegen zwischen hochgerüsteten Supermächten. Besonders nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Aufteilung der Siegermächte in die Blöcke Ost und West deutlich. Das damalig herrschende „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Partnern der North Atlantic Treaty Organization (NATO) der USA und dem Warschauer Pakt der Sowjetunion ist das historische Paradebeispiel für eine bipolare Hegemoniestruktur.

Nach Samuel Huntigton ist die internationale Ordnung heutzutage nicht eindeutig uni-, bi- oder multipolar, sondern ein uni-multipolarer Hybrid.¹²¹ Wie eine Mischform sieht es auch Otmar Höll.¹²² Daran lässt sich die Einteilung der globalen Ordnung von Joseph Nye in drei Ebenen anknüpfen: Auf der ersten Ebene der unipolaren Hegemonie sei einzig die Großmacht USA platziert; die zweite Ebene sei multipolar und umfasse Interaktionen zwischen den USA, China, Japan, der EU und anderen wirtschaftlichen Akteuren; die dritte Ebene umfasse sonstige Staaten ohne Hegemonie- und Großmachtcharakter.¹²³ Ähnlich sieht es auch Michael Zürn, der die USA als dominanten Staat und Hegemon sieht, „der deutlich über den anderen rechtlich privilegierten Staaten steht, wie etwa den anderen Vetomächten des Sicherheitsrates.“¹²⁴ Henry Kissinger spricht gar von einer historisch unvergleichlich einflussreichen Weltstellung der USA¹²⁵ – zumindest seit dem römischen und britischen Imperium, schränkt Josef Joffe ein.¹²⁶ Nach Michael Mann sind Amerikas vier soziale Mächte (Wirtschaft, Militär, Politik, Ideologie) zu sehr auf militärische Überlegenheit beschränkt, insgesamt unausgewogen und somit für eine Vormachtstellung untauglich.¹²⁷ Nach Analyse vieler Meinungen und Sachverhalte kommt Ulrich Leitner zu dem Schluss, die USA habe trotz eigener Idealvorstellung einer Vorherrschaft, keinen globalen Hegemoniestatus, sondern sei ein eingeschränkter Hegemon.¹²⁸

Überwiegend ist die heutige Weltpolitik von den Großmächten USA, Europa, Russland und China geprägt.¹²⁹ Sie teilen unter sich Spitzenpositionen in diversen Gebieten. Eine eindeutig

¹²¹ Vgl. Huntigton, Samuel Phillips: The Lonely Superpower; online im Internet <<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1999-03-01/lonely-superpower>>, 1999, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹²² Vgl. Höll, Otmar: Der Prozess tendenzieller Globalisierung und die Neuordnung der Welt; in: Filzmaier, Peter / Fuchs, Eduard (Hrsg.): Supermächte - Zentrale Akteure der Weltpolitik, Wien 2003, S. 9-21, S. 14

¹²³ Vgl. Leitner, Ulrich: Imperium - Geschichte und Theorie eines politischen Systems, Frankfurt am Main 2011, S. 39

¹²⁴ Zürn, Michael: Institutionalisierte Ungleichheit, Berlin 2007, S. 23

¹²⁵ Vgl. Kissinger, Henry: Die Herausforderung Amerikas - Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 2002, S. 27

¹²⁶ Vgl. Joffe, Josef: Die Hypermacht, München 2006, S. 28 ff.

¹²⁷ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt am Main 2003, S. 13

¹²⁸ Vgl. Leitner, Ulrich: Imperium - Geschichte und Theorie eines politischen Systems, Frankfurt am Main 2011, S. 45

¹²⁹ Vgl. Engels, David: Auf dem Weg ins Imperium, Berlin 2014, S. 324

unipolare Führungsposition ist nicht auszumachen, da kein Staat 50% des Weltaufkommens alleine trägt. China und Europa als (mögliche) aufsteigende Mächte haben die bipolare Struktur des Kalten Krieges aufgehoben. Als Konsequenz ist die heutige Struktur am ehesten als multipolar zu bezeichnen. Ohne eine unipolare Struktur ist eine Bereitstellung von öffentlichen Gütern nicht im eigentlichen Sinne möglich. Eher handelt es sich um Clubgüter, die Verbündete eines Pols nutzen können, nicht aber die Konkurrenz. Als Beispiel dafür dient die NATO, in der 29 europäische und nordamerikanische Staaten ein Verteidigungsbündnis geschlossen haben, in der vor allem die USA den Mitgliedern Schutz verspricht. 2002 wurde auf dem NATO-Gipfel in Prag das Zwei-Prozent-Ziel beschlossen, demnach alle Mitglieder 2% ihres BIP in Rüstung investieren sollten, was viele Staaten bis heute nicht erfüllen – ein typischer Fall des *Cheapridertums*; der aktuelle Appell des US-Präsidenten Donald Trump an die Einhaltung des Ziels¹³⁰ kann als *burden sharing* eingestuft werden kann, der in der Abstiegsphase einer Großmacht typisch ist und daher als Indikator für den Abstieg der USA dienen kann.

Der Dritte Golfkrieg von 2003, der ohne UN-Mandat als völkerrechtswidrig einzustufen ist¹³¹, wurde angeführt durch die USA, denen eine „Koalition der Willigen“ folgte, was als Beispiel für die Gefolgschaft kleinerer Staaten unter einer Großmacht darstellt. Die EU bzw. einige ihrer Mitgliedstaaten sind in den genannten Fällen Unterstützer einer US-amerikanischen Führung. Eine vergleichbare Führungsrolle, Gefolgschaft und *Cheap-/Freeridertum* hat die EU im *hard power* Bereich nicht. Erst ein europäischer Bundesstaat mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik könnte geschlossen eine solche Politik anstreben und den möglichen Abstieg der USA für sich nutzen. Lediglich in der wirtschaftlichen und kulturellen *soft power* wird Europa eine führende Ausstrahlungskraft zugesprochen¹³², was sie zu einem *benevolenten* Akteur macht.

Laut Waltz birgt eine multipolare Konstellation viel Erwartungsunsicherheit, da keinem Gewicht ein klares Gegengewicht zugeordnet werden kann. Ohne eine *balance of power* steige das Konfliktpotenzial. Zwar ist seit Mitte des letzten Jahrhunderts kein dritter Weltkrieg mehr ausgebrochen, die Anzahl an Konflikten nimmt jedoch zu.¹³³ & ¹³⁴ Viele davon im europäischen

¹³⁰ Vgl. Stöber, Silvia: Zwei-Prozent-Ziel - wer hat's erfunden?; online im Internet <<https://www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html>>, 07.01.2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹³¹ Vgl. Bierling, Stephan G.: Geschichte des Irakkriegs, München 2010, S. 84

¹³² Vgl. Schäuble, Wolfgang: Europa hat die größte Soft Power der Welt; online im Internet <<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article128533963/Europa-hat-die-groesste-Soft-Power-der-Welt.html>>, 29.05.2014, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹³³ Vgl. Handelsblatt (Hrsg.): Weltweit gibt es immer mehr Konflikte; online im Internet <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/uno-weltweit-gibt-es-immer-mehr-konflikte/22709546.html?ticket=ST-6182488-QE4yQN2cIUcGIiLS-effo-ap2>>, 19.06.2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹³⁴ Vgl. Zeit Online (Hrsg.): Caritas: So viele Konflikte auf der Welt wie nie; online im Internet <<https://www.zeit.de/news/2017-12/30/hilfsorganisationen-caritas-so-viele-konflikte-auf-der-welt-wie-nie-30045206>>, 30.12.2017, [zugegriffen am 17.07.2018]

Umfeld. Die europäische Sicherheit ist damit mittelfristig nicht garantiert, was nach dem Neorealismus ein großes Alarmsignal sein sollte. Hinzu kommt das wirtschaftliche und militärische Wachstum der anderen Großmächte, das im Sinne des Sicherheitsdilemmas die heutige EU bzw. einen europäischen Bundesstaat dazu drängen müsste, auch ihre Machtpotenziale aufzurüsten um Sicherheit und größtmögliche Unabhängigkeit zu bewahren, um zumindest im Sinne der defensiven Selbstbehauptung die Position im Status-Quo zu halten.

In ihrer Geschichte ist die EU ein Projekt fortschreitender Integration und Expansion gewesen. Seit 1951 durch die sechs Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet, sind die Außengrenzen durch ständig neue Mitglieder gewachsen. Laut Artikel 49 der konsolidierten Fassung des Vertrages über die EU kann jeder „europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt [...] beantragen, Mitglied der Union zu werden.“¹³⁵ Je nachdem, ob die Zugehörigkeit zum europäischen Kontinent oder zur Wertegemeinschaft schwerer wiegt, wäre langfristig eine friedliche Expansion über den bloßen Kontinent hinaus denkbar.¹³⁶ Konkurrierende Großmächte könnten die bloße Möglichkeit als Gefahr ansehen:

„Die Europäische Union hat eine ganz neue politische Gestalt hervorgebracht, ein Imperium, das niemanden bedroht. Ökonomisch ist Europa ein Koloss, der ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung auf sich vereint. Dies verleiht enorme Macht. EU-Gesetze setzen weltweite Normen, kein anderer Staat der Welt ist im Export von Gesetzen und Vorschriften so stark wie die EU. Aber diese Anwendung von EU-Recht in fremden Ländern geschieht freiwillig. Es geht um Marktzugang und wirtschaftliche Teilhabe, nicht um erzwungene Unterwerfung.“¹³⁷

- Anm.: Angesichts der Zwanglosigkeit ist bei dem Zitat statt des verwendeten Imperiumsbegriffs der Begriff der Hegemonie vorzuziehen.

Abstiege von Großmächten geschehen häufig durch fehlende bzw. abflachende Innovationen, wodurch die Wirtschaft und Gesellschaftsentwicklung zu stagnieren beginnt. Im Umkehrschluss sind Aufstiege oft verbunden mit effizienten Imitationen und Innovationen, welche die Wirtschaft und Gesellschaftsentwicklung antreiben. Tabelle 1 zeigt, dass China den weltweit höchsten BIP besitzt und die höchste BIP Wachstumsrate aller Großmächte. Den Werten zufolge könnte ein europäischer Bundesstaat den wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber den USA weiter ausbauen, aber wahrscheinlich nicht China einholen. Angesichts der populistisch-nationalkonservativen Strömungen derzeit in Europa, wäre für die Errichtung eines europäischen

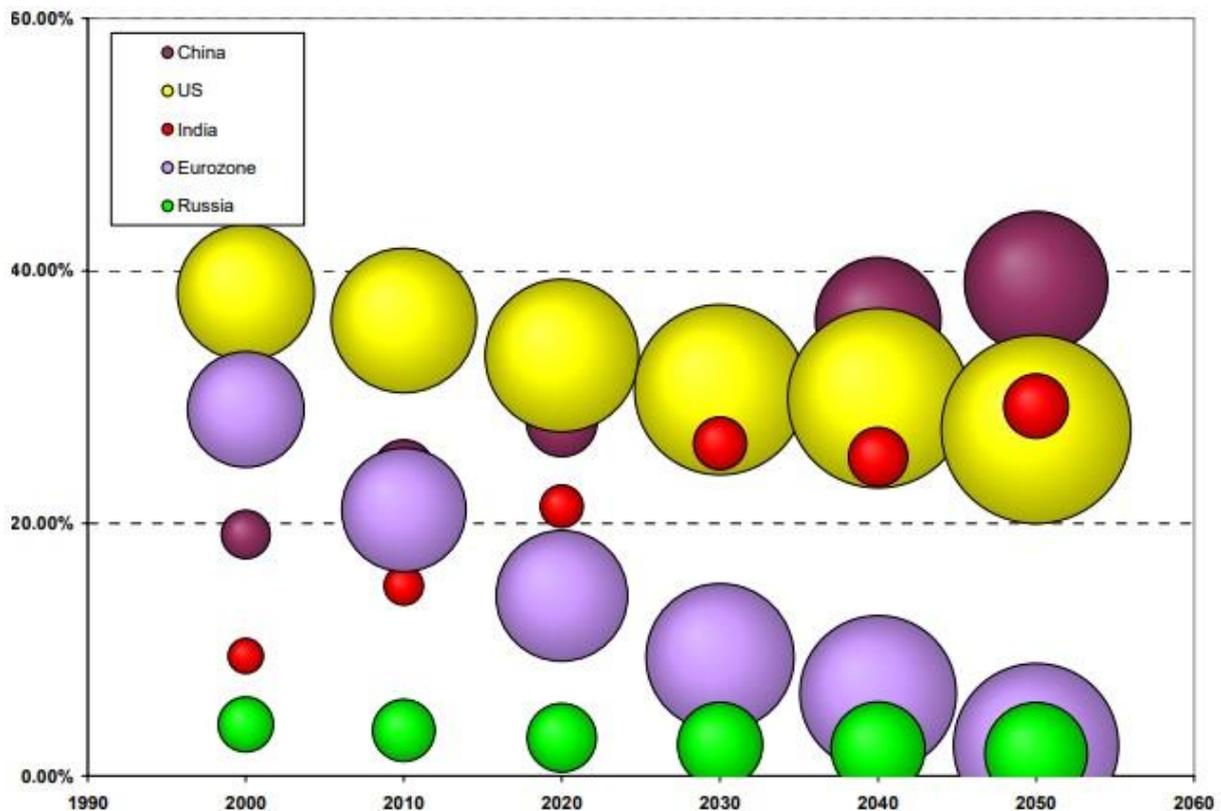
¹³⁵ Europäische Union: Vertrag über die Europäische Union, Artikel 49, Amtsblatt C 202, 07.06.2016, S. 43

¹³⁶ Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa?, Baden-Baden 2015, S. 41 & 54

¹³⁷ Schumann, Harald / Grefe, Christiane: Der globale Countdown - Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung - Die Zukunft der Globalisierung, Köln 2008, S. 417 f.

Bundesstaates ohnehin eine innovatorische Gesellschaftsentwicklung nötig. Wie wahrscheinlich eine solche Innovation wäre und ob diese erneuerte Gesellschaft gegen die der anderen Großmächte konkurrenzfähig wäre, kann hier nicht geklärt werden.

Abb. 1: Prognose globaler BIP-Anteil und BIP/pro Einw. für Eurozone und Großmächte, 2000 – 2050



Quelle: Yeşilada, Birol / Efir, Brian / Noordijk, Peter: Competition among the giants, 2010 – 2050: US-EU-China & Implications for the regional integration in Europe, Claremont 2005, S. 12

In Tabelle 1 wurde bereits dargelegt, dass China, die EU und die USA die drei Spitzenpositionen der Weltwirtschaft gemessen am BIP einnehmen. Die geringen BIP Wachstumsraten von Europa, USA und Russland (1,8% – 2,2%) legen den Effekt des abnehmenden Grenznutzens nahe, demnach die laufenden Kosten der Positionserhaltung das Wachstum bremsen. Dem steht ein ca. dreifacher Wachstumswert von China entgegen, u.a. durch Innovationen und Imitationen. Der BIP der EU macht 86,37% von Chinas BIP aus, der BIP der USA 83,73% (Russland konkurrenzlos 17,3%). Der BIP der USA beträgt wiederum 96,94% des europäischen BIPs. Wirtschaftlich sind die drei Großmächte vergleichbar stark. Jede Großmacht im Rückstand besitzt je über 80% des wirtschaftlichen Machtpotenzials des/der darüberliegenden. Ob das auch im militärischen Bereich gegeben ist, wird anhand der nachfolgenden Tabelle untersucht, die Daten über das Militärpotenzial der Großmächte listet. Die Daten zur europäischen Spalte können lediglich aus den Quellen addiert und geschätzt werden, sodass sie weniger genau sind als die der USA, Chinas und Russlands.

Tabelle 3: Militärische Potenziale der Großmächte

	„Vereinigte Staaten von Europa“ ^{138 & 139}	Vereinigte Staaten von Amerika ¹⁴⁰	Volksrepublik China ¹⁴¹	Russische Föderation ¹⁴²
Power Index Rating	-	0,0818	0,0852	0,0841
Power Index Rank	-	1.	3.	2.
Bevölkerung	516.195.432	326.625.791	1.379.302.771	142.257.519
Militärpersonal	> 1.500.000	2.083.100	2.693.000	3.586.128
Flugzeuge	2.450	13.362	3.035	3.914
Kampfpanzer	7.700	5.884	7.716	20.300
Schiffe	550 (9 Flugzeugträger)	415 (20 Flugzeugträger)	714 (1 Flugzeugträger)	352 (1 Flugzeugträger)
Rüstungsbudget	342 Mrd. \$	647 Mrd. \$	151 Mrd. \$	47 Mrd. \$

Der *Global Firepower Index* bewertet in der Summe aller Variablen und Gewichtungen¹⁴³ die USA als militärisch stärkste Nation, gefolgt von Russland und dann China. Auffällig ist, dass Russland als territorial größter Staat die meisten Panzer besitzt, China die meisten Schiffe und die USA als weltweit präsentester Staat die meisten Flugzeuge und höchsten Rüstungsausgaben. Ein militärisch geeintes Europa kann bei der Anzahl der Panzer und Schiffe z.T. mithalten aber in keinem Bereich einen Spitzenplatz einnehmen, die Anzahl der Truppenstärke ist stets unterlegen. Gegen China hat Europa in jedem Bereich (Truppen, Luft, Land, Marine) das Nachsehen.

Ein theoretischer Konflikt zwischen Europa und den USA, über den atlantischen Ozean geführt, was überwiegend Schiffe und Flugzeuge beansprucht, würde angesichts der Überzahl an Flugzeugen und Flugzeugträgern rein zahlenmäßig für die USA aussichtsreicher sein. Ein theoretischer Konflikt zwischen Europa und Russland über Land würde überwiegend Panzer und Flugzeuge beanspruchen, auch hier wäre Europa rein nominell unterlegen. Aufgrund der verschiedenen Stärken und Größenordnungen lässt sich das Militärpotenzial zusammengefasst kaum aufwiegen. Somit kann nicht gesagt werden, wie im Bereich der Wirtschaft oben, ob die 80%-Marke des Machtpotenzials zwischen führender Großmacht und aufsteigender Großmacht im

¹³⁸ Vgl. Global Firepower (Hrsg.): European Union Powers Ranked by Military Strength; online im Internet <<https://www.globalfirepower.com/countries-listing-european-union.asp>>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹³⁹ Vgl. Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook, European Union

¹⁴⁰ Vgl. Global Firepower (Hrsg.): 2018 United States Military Strength; online im Internet <https://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=united-states-of-america>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹⁴¹ Vgl. Global Firepower (Hrsg.): 2018 China Military Strength; online im Internet <https://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=china>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹⁴² Vgl. Global Firepower (Hrsg.): 2018 Russia Military Strength; online im Internet <https://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=russia>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

¹⁴³ Vgl. Global Firepower (Hrsg.): 2018 Military Strength Ranking; online im Internet <<https://www.globalfirepower.com/countries-listing.asp>>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018]

Bereich des Militärs überschritten wurde. Die sehr ähnlichen Werte des Power Index Ratings von USA, China und Russland lassen vermuten, dass die Militärpotenziale sehr nahe beieinander liegen.¹⁴⁴

Wie ein Wandel an der Weltspitze vonstattengehen wird, hängt mit davon ab, wie der Hegemon (bzw. der Staat, der am ehesten diese Rolle einnimmt) den Herausforderer in die bestehende Ordnung integriert. Eine kostenintensive Konfrontation könnte vermieden werden, wenn dem Herausforderer Anreize geboten würden an der Ordnung festzuhalten, wie freier Handel, stabile Währungen und Anerkennung der Souveränität.¹⁴⁵ Ausgehend von der chinesischen Innenpolitik ist nicht davon auszugehen, dass die bisherige liberale Weltordnung der USA im Falle einer erlangten Hegemonialstellung Chinas weiter geführt würde.¹⁴⁶ Somit sind in der Beziehung zwischen China und den USA mehr Spannungen zu erwarten. Hier trifft die *Co-Opt Strategy* auf die US-Politik gegenüber China zu, indem gemeinsame Beziehungen und Handel geführt werden, während gleichzeitig *hard power* zur Behauptung von Prinzipien eingesetzt wird.¹⁴⁷

Eine offene Konfrontation zwischen den USA und Europa ist aufgrund ihrer engen Verzahnung von Kultur, Werten, Wirtschaft und Zusammenarbeit in der Verteidigung unwahrscheinlich.¹⁴⁸ Es trifft die *Conciliate Strategy* auf die US-Politik gegenüber der EU zu, da beide eine partnerschaftliche Verbindung pflegen und ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung besitzen.¹⁴⁹ Ein Hegemonialkonflikt um den Weltrang wäre zu kostenintensiv und irrational, da beide von der durch sie etablierten Ordnung profitieren. Beide sind mit der bestehenden Ordnung nicht unzufrieden genug, um einen drastischen Wandel zu wagen. Die Ordnung der liberalen Demokratie und kapitalistischen Wirtschaft stabilisiert sich zumindest in der westlichen Welt – geführt von den USA und Europa – selbst und wird im Sinne des *hegemonic afterglow* bei einem Rangwechsel weiter bestehen bleiben. Wenngleich oben gezeigt wurde, dass die USA einer Konfrontation durch Europa wahrscheinlich standhalten würde, wäre ein erfolgreicher Wechsel an der Spitzenposition zwischen den Beiden mit relativ wenig Konfliktaustragungen und Umwälzungen verbunden.

¹⁴⁴ Der theoretisch beste Wert des Ratings ist 0. Zum Vergleich: Indien ist mit 0,1417 auf Platz 4, Deutschland mit 0,2461 auf Platz 10, Peru mit 0,7354 auf Platz 42 und Bhutan mit 7,5497 auf dem letzten Platz (136).

¹⁴⁵ Vgl. Lake, David A.: Dominance and subordination in world politics - authority, liberalism, and stability in the modern international order; in: Ikenberry, Gilford John (Hrsg.): Power, Order, and Change in World Politics, Cambridge 2014, S. 61-82, hier: S. 78

¹⁴⁶ Vgl. ebd. S. 81

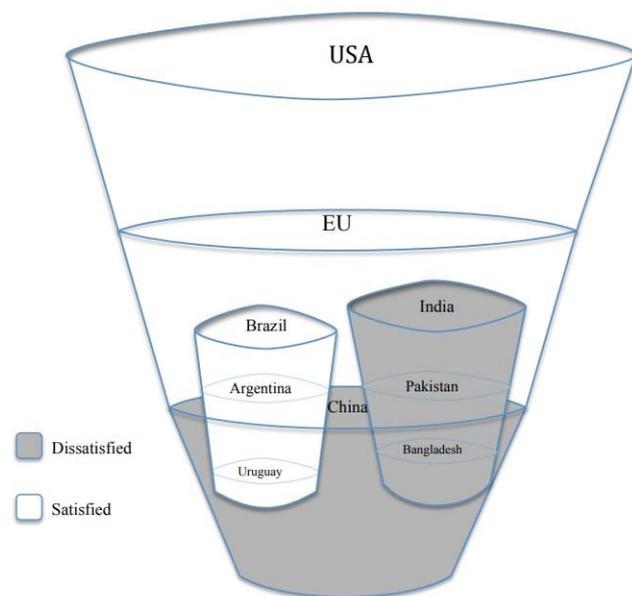
¹⁴⁷ Vgl. Szayna, Thomas S.: The role of the hegemon; in: ebd. et al.: The Emergence of Peer Competitors, Santa Monica 2001, S. 45-72, hier: S. 60

¹⁴⁸ Vgl. Wood, Dakota L.: 2015 Index of U.S. Military Strength, The Heritage Foundation, Washington 2015, S. 103 ff.

¹⁴⁹ Vgl. Szayna, Thomas S.: The role of the hegemon; in: ebd. et al.: The Emergence of Peer Competitors, Santa Monica 2001, S. 45-72, hier: S. 57

Anders sieht es gegenüber China und Russland aus, die beide verschiedene Werte und Weltordnungsvorstellungen als Europa besitzen und daher aufgrund der bestehenden Weltordnung tendenziell *dissatisfied* sind. Geringe Werteübereinstimmung und Divergenzen in der Zufriedenheit mit der Ordnung erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktes. Abbildung 2 zeigt die Hierarchien der Weltordnung und die Zufriedenheit der Großmächte mit ihr. Russland wird in der dazugehörigen Studie wie Indien in der Abbildung als *dissatisfied regional power* eingestuft.¹⁵⁰ Die EU oder

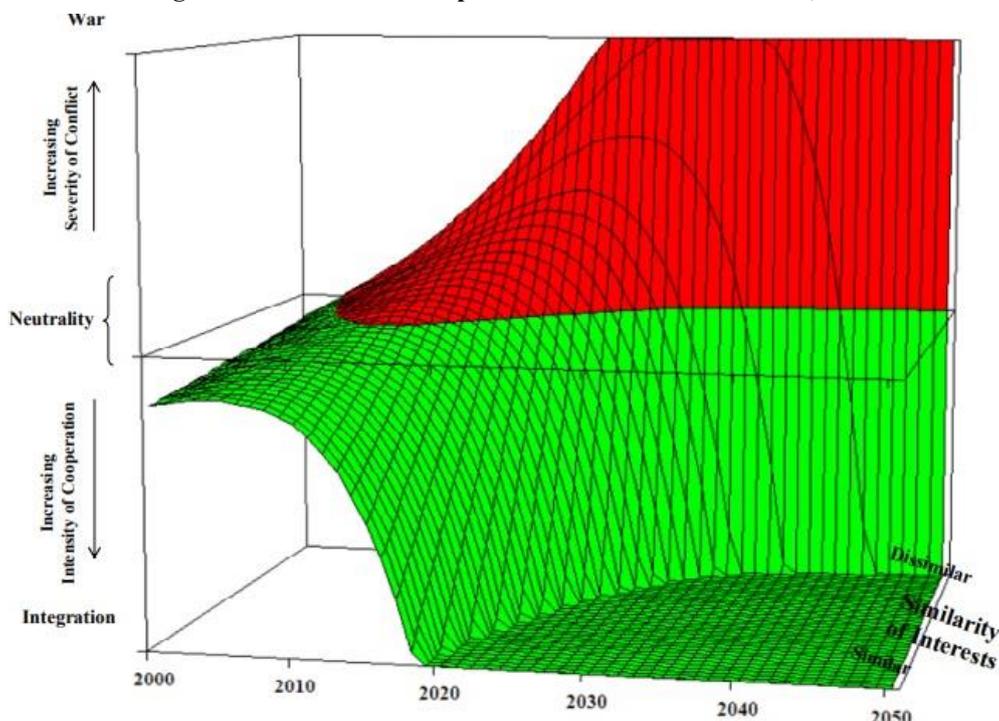
Abb. 2: Globale und regionale Hierarchien



Quelle: Yeşilada, Birol / Tanrikulu, Osman et al.: Power Transition and the Future of European Union Integration, Portland 2016, S. 5

ein europäischer Bundesstaat sind als *satisfied world power* gemeinsam mit den USA – unabhängig davon wie sich die Rangfolge zwischen ihnen entwickelt – Verteidiger der Ordnung, sodass sie nicht in der Position sind herauszufordern, sondern selbst von aufsteigenden Mächten herausgefordert werden müssten.

Abb. 3: Prognose für Konflikt – Kooperation für Eurozone – China, 2000 - 2050



Quelle: Yeşilada, Birol / Efir, Brian / Noordijk, Peter: Competition among the giants, 2010 – 2050: US-EU-China & Implications for the regional integration in Europe, Claremont 2005, S. 15

¹⁵⁰ Vgl. Yeşilada, Birol / Tanrikulu, Osman et al.: Power Transition and the Future of European Union Integration, Portland 2016, S. 12 ff. & 17

5. Fazit

Zur Umsetzung eines europäischen Bundesstaates als umfassende Staatsgewalt mit *input*- und *output*-Legitimation wird die Bildung einer gesamteuropäischen Identität für ein geeintes Staatsvolk vonnöten sein. Eine auf vollbrachte Leistungen und perspektivreiche Ziele ausgerichtete Erfahrungsgemeinschaft könnte dies ausbilden. Dann könnte ein europäischer Bundesstaat seine Investitionen und Kompetenzen effektiv bündeln, vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, um handlungsfähiger gegen Krisen und Herausforderungen zu werden.

Verglichen mit den Großmächten kann ein vereintes Europa mit den klassisch realistischen Machtpotenzialen mithalten. Je nach Bereich übertrifft es den ein oder anderen Mitstreiter. Besonders die Bevölkerungsanzahl, das Bruttoinlandsprodukt und die Rüstungsausgaben sind stark. Im Durchschnitt läge ein europäischer Bundesstaat im Weltrang auf Platz drei vor Russland, jedoch hinter China und den USA. Durch das absolut höchste Bruttoinlandsprodukt und die steile Wachstumsrate ist China vorne. USA und Russland (leicht vorne) teilen den absoluten Großteil aller weltweiten Atomwaffen unter sich auf. Alle europäischen Staaten besitzen gemeinsam mehr Sprengköpfe als China und sonstige Atomkräfte, das Arsenal der USA und Russlands bleibt aber konkurrenzlos. So ergibt sich im nuklearen Bereich ein relativer Rang drei. Interdependenzen mit Russland im Energiesektor, mit den USA im Sicherheitsbereich und allmählich mit China in der Ökonomie schränken die europäische Autonomie ein. Das neorealistische Sicherheitsprinzip ist damit bedroht.

In der heutigen multipolaren Weltordnung besitzt kein Staat die Hälfte des Weltaufkommens um alleiniger Hegemonieanwärter zu sein. Anhänger der Pole profitieren von Clubgütern und *Cheapridertum*. Dass die USA dazu übergeht auf Lastenteilung in Bündnissen zu bestehen, impliziert die Abstiegsphase der USA, die am ehesten die Rolle des Welthegemons einnimmt. Ein außen- und sicherheitspolitisch vereintes Europa könnte diese Situation für einen *benevolent* Aufstieg nutzen. Im dem Fall würde die westlich liberal-demokratische Ordnung bestehen bleiben (*hegemonic afterglow*) und bloß ein Wechsel der Rangfolge geschehen, was wahrscheinlich relativ konfliktfrei wäre und sich im Rahmen der *Conciliate Strategy* bewegen würde. Bei einer militärischen Auseinandersetzung wäre Europa gegen die USA, China und Russland je rein zahlenmäßig unterlegen. China wäre sogar wirtschaftlich für Europa eine zu große Herausforderung. Angesichts der zunehmenden Konflikte im europäischen Umfeld wäre eine vereinigte Aufrüstung der Machtpotenziale schon im Sinne der defensiven Selbstbehauptung nötig, um die Position im Status-Quo zu halten.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 (S. 30): Prognose globaler BIP-Anteil und BIP/pro Einw. für Eurozone und Großmächte, 2000 – 2050:

Yeşilada, Birol / Efir, Brian / Noordijk, Peter: Competition among the giants, 2010 – 2050: US-EU-China & Implications for the regional integration in Europe, Claremont 2005, S. 12.

Abb. 2 (S. 33): Globale und regionale Hierarchien:

Yeşilada, Birol / Tanrikulu, Osman et al.: Power Transition and the Future of European Union Integration, Portland 2016, S. 5.

Abb. 3 (S. 33): Prognose für Konflikt – Kooperation für Eurozone – China, 2000 – 2050:

Yeşilada, Birol / Efir, Brian / Noordijk, Peter: Competition among the giants, 2010 – 2050: US-EU-China & Implications for the regional integration in Europe, Claremont 2005, S. 15.

Literaturverzeichnis

Aron, Raymond: Krieg und Frieden - Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt am Main 1986.

Bierling, Stephan G.: Geschichte des Irakkriegs, München 2010.

Carr, Edward Hallett: The Twenty Years' Crisis, London 1941.

Cox, Robert W.: Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen - Ein Aufsatz zur Methode; in: ebd.: Weltordnung und Hegemonie - Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, Marburg 1998, S. 69-86.

Credit Suisse AG (Hrsg.): The End of Globalization or a more Multipolar World?, Zürich 2015.

Deutsch, Karl Wolfgang: Die Analyse Internationaler Beziehungen, Frankfurt am Main 1968.

Düsberg, Volker: Balance of Power und Hegemonie, Köln 1992.

Engels, David: Auf dem Weg ins Imperium, Berlin 2014.

Europäische Union: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union - konsolidierte Fassung, Amtsblatt C 202, Luxemburg 07.06.2016.

- Europäische Union: Vertrag über die Europäische Union – konsolidierte Fassung, Amtsblatt C 202, Luxemburg 07.06.2016.
- Filzmaier, Peter / Gewessler, Leonore / Höll, Otmar / Mangott, Gerhard: Internationale Politik - Eine Einführung, Wien 2006.
- Fischer, Joschka: Scheitert Europa?, Köln 2014.
- Geppert, Dominik: Ein Europa, das es nicht gibt, 2. Auflage, Berlin 2013.
- Hacke, Christian: Macht; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 277-287.
- Hacke, Christian: Mehr Bismarck, weniger Habermas; in: Internationale Politik, Jahrgang 61, Nr. 6, 2006, S.68-76.
- Hallstein, Walter: Die europäische Gemeinschaft, Düsseldorf 1979.
- Herz, John: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma; in: ebd.: Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974, S. 39-56.
- Höll, Otmar: Der Prozess tendenzieller Globalisierung und die Neuordnung der Welt; in: Filzmaier, Peter / Fuchs, Eduard (Hrsg.): Supermächte - Zentrale Akteure der Weltpolitik, Wien 2003, S. 9-21.
- Hüttemann, Andreas: Naturzustand und Staatsvertrag bei Hobbes; in: Zeitschrift für philosophische Forschung, Bd. 58, H. 1, 2004, S.29-53.
- Joffe, Josef: Die Hypermacht, München 2006.
- Kielmansegg, Peter Graf: Wohin des Wegs, Europa?, Baden-Baden 2015.
- Kissinger, Henry: Die Herausforderung Amerikas - Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 2002.
- Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung - Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Baden-Baden 2009.
- Lake, David A.: Dominance and Subordination in World Politics - Authority, Liberalism, and Stability in the Modern International Order; in: Ikenberry, Gilford John (Hrsg.): Power, Order, and Change in World Politics, Cambridge 2014, S. 61-82.
- Leggewie, Claus: Kulturelle Hegemonie - Gramsci und die Folgen; in: Leviathan Vol. 15, No. 2 (1987), S. 285-304.

- Leitner, Ulrich: Imperium - Geschichte und Theorie eines politischen Systems, Frankfurt am Main 2011.
- Lemke, Christiane: Internationale Beziehungen - Grundkonzepte, Theorien, Problemfelder, München 2000.
- Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik, 3. Auflage, München 2001.
- Luhmann, Niklas: Sinn als Grundbegriff der Soziologie; in: ebd. / Habermas, Jürgen: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt am Main 1971, S. 25-100.
- Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt am Main 2003.
- Masala, Carlo: Kenneth N. Waltz - Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern, Baden-Baden 2005.
- Menzel, Ulrich: Die Ordnung der Welt, Berlin 2015.
- Meyers, Reinhard / Tauras, Olaf / Bellers, Jürgen: Politikwissenschaft III - Internationale Politik, Münster 1994.
- Miller, Manjari Chatterjee: India's Feeble Foreign Policy - A Would-Be Great Power Resists Its Own Rise; in: Foreign Affairs, Volume 92, Number 3, May/June 2013, S. 14-19.
- Morgenthau, Hans Joachim: Macht und Frieden - Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963.
- Peters, Dirk / Freistein, Katja / Leininger, Julia: Theoretische Grundlagen zur Analyse internationaler Organisationen; in: Freistein, Katja / Leininger, Julia: Handbuch internationale Organisationen - Theoretische Grundlagen und Akteure, München 2012, S. 3-27.
- Plotka, Julian / Repasi, René: Die normativen Grundlagen der Europäischen Union; in: Jopp, Mathias / Tekin, Funda [Hrsg.]: Europas Wert - Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Union, Baden-Baden 2014, S. 15-73.
- Puglierin, Jana: Realismus als IB-Theorie; in: Woyke, Wichard / Varwick, Johannes (Hrsg.): Handwörterbuch internationale Politik, 13. Auflage, Opladen 2015, S. 394-401.
- Reiter, Erich: Sinn und Zweck einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Doktrin - Eine Studie des Militärwissenschaftlichen Büros, Wien 2000.
- Schimmelpfennig, Frank: Internationale Politik, 2. Auflage, Paderborn 2010.

- Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung, 10. Auflage, Oldenbourg 2013.
- Schumann, Harald / Grefe, Christiane: Der globale Countdown - Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung - Die Zukunft der Globalisierung, Köln 2008.
- Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl - Eine politische Biographie, München 2012.
- Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2018 - Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 2018.
- Szayna, Thomas S.: The Role of the Hegemon; in: ebd. / Byman, Daniel / Bankes, Steven C. et al.: The Emergence of Peer Competitors, Santa Monica 2001, S. 45-72.
- Tian, Nan / Fleurant, Aude / Kuimova, Alexandra et al.: Trends in World Military Expenditure, 2017, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Fact Sheet, Solna 2018.
- Vattel, Emer de: The Law of Nations, Philadelphia 1829.
- Waltz, Kenneth Neal: Intimations of Multipolarity; in: Hansen, Birthe / Heurlin, Bertel (eds.): The New World Order, London 2000, S. 1-18.
- Waltz, Kenneth Neal: Theory of International Politics, New York 1979.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922.
- Wood, Dakota L.: 2015 Index of U.S. Military Strength, The Heritage Foundation, Washington 2015.
- Yeşilada, Birol / Efir, Brian / Noordijk, Peter: Competition among the giants, 2010 – 2050: US-EU-China & Implications for the regional integration in Europe, Claremont 2005.
- Yeşilada, Birol / Tanrikulu, Osman et al.: Power Transition and the Future of European Union Integration, Portland 2015.
- Zürn, Michael: Institutionalisierte Ungleichheit, Berlin 2007.

Internetquellen

Bureau of Western Hemisphere Affairs: U.S. Relations with Canada; online im Internet

<<https://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/2089.htm>>, 01.02.2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

Bureau of Western Hemisphere Affairs: U.S. Relations with Mexico; online im Internet

<<https://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35749.htm>>, 01.04.2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

Central Intelligence Agency (Hrsg.): The World Factbook; online im Internet

<<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>>, o.J., [zugegriffen am 17.07.2018].

Der Tagesspiegel (Hrsg.): Neues europäisches Militärprojekt gestartet; online im Internet

<<https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-interventionsinitiative-neues-europaeisches-militaerprojekt-gestartet/22733792.html>>, 25.06.2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

European Commission: Winston Churchill: calling for a United States of Europe; online im

Internet <https://europa.eu/european-union/sites/europa.eu/files/docs/body/winston_churchill_en.pdf>, o.J., [zugegriffen am 17.07.2018].

Global Firepower (Hrsg.): 2018 Military Strength Ranking, online im Internet

<<https://www.globalfirepower.com/>>, 2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

Hamilton, Alexander: Federalist No. 9 - The Union as a Safeguard Against Domestic Faction

and Insurrection; online im Internet <http://avalon.law.yale.edu/18th_century/fed09.asp>, 1787, [zugegriffen am 17.07.2018].

Handelsblatt (Hrsg.): Weltweit gibt es immer mehr Konflikte; online im Internet

<<https://www.handelsblatt.com/politik/international/uno-weltweit-gibt-es-immer-mehr-konflikte/22709546.html?ticket=ST-6182488-QE4yQN2cIUcGliLSeFfo-ap2>>, 19.06.2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

Herwartz, Christoph: USA rüsten gegen China - Der Krieg, den es nicht geben darf; online im

Internet <<https://www.n-tv.de/politik/US-Wahl/Der-Krieg-den-es-nicht-geben-darf-article7665136.html>>, 28.05.2015, [zugegriffen am 17.07.2018].

Huntigton, Samuel Phillips: The Lonely Superpower; online im Internet <<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/1999-03-01/lonely-superpower>>, 1999, [zugegriffen am

17.07.2018].

Madison, James: Federalist No. 10 - The Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection; online im Internet <http://avalon.law.yale.edu/18th_century/fed10.asp>, 23.11.1787, [zugegriffen am 17.07.2018].

Menzel, Ulrich: Die Idealtypen von Imperium und Hegemonie; online im Internet <<http://www.ulrich-menzel.de/dienstleistungen/veroeffentlicht/Idealtypen.pdf>>, o.J., [zugegriffen am 17.07.2018].

Schäuble, Wolfgang: Europa hat die größte Soft Power der Welt; online im Internet <<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article128533963/Europa-hat-die-groesste-Soft-Power-der-Welt.html>>, 29.05.2014, [zugegriffen am 17.07.2018].

Stöber, Silvia: Zwei-Prozent-Ziel - wer hat's erfunden?; online im Internet <<https://www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html>>, 07.01.2018, [zugegriffen am 17.07.2018].

TNS Opinion & Social für Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 88 - Die öffentliche Meinung der Europäischen Union, Herbst 2017; online im Internet <<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/81149>>, November 2017, [zugegriffen am 17.07.2018].

Zeit Online (Hrsg.): Caritas: So viele Konflikte auf der Welt wie nie; online im Internet <<https://www.zeit.de/news/2017-12/30/hilfsorganisationen-caritasso-viele-konflikte-auf-der-welt-wie-nie-30045206>>, 30.12.2017, [zugegriffen am 17.07.2018].